

Zeitleiste von Ereignissen, die zur Politisierung der Studenten und anderer junger Menschen in Westdeutschland und Berlin beigetragen haben und während der 60er und 70er Jahre bis 1982 auch innerhalb des Vereins "Student für Europa – Student für Berlin e.V." Folgen hatten.

(Internationale Ereignisse werden erwähnt, weil sie parallel stattfanden und ebenfalls Auswirkungen zeigten. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben.)

Wichtigste damalige studentische Verbände:

SDS = Sozialistischer Deutscher Studentenbund

VDS = Verband Deutscher Studentenschaften

SHB = Sozialdemokratischer Hochschulbund

LSD = Liberaler Studentenbund Deutschland

RCDS = Ring Christlich-Demokratischer Studenten

GSG = Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft

1948

- Gründung der „Freien Universität“ (FU) in West-Berlin als Gegenuniversität zur Humboldt-Universität in Ostberlin wegen deren Ausrichtung am Sowjetkommunismus.
- Mahner befürchten, es könnte sich an FU einseitiger, **antikommunistischer Geist** ausbreiten und die Freiheit des Denkens einschränken.
- Favorisiert wird von Lehrkörperseite die reine Lehre, in der Politik nichts zu suchen hat. Die **Satzung enthält jedoch einen politischen Bildungsauftrag**, Demokratie soll gefördert werden, Studenten erhalten Rechte der Mitbestimmung, die in Westdeutschland noch unbekannt sind.

1954

- Absehbare Bundestagsmehrheit für die **Bundeswehr**, d.h. Wiederbewaffnung, und den **NATO-Beitritt** unter Bundeskanzler Adenauer führt im Dezember auf der SDS-Bundeskongferenz zum einstimmigen Beschluss, die Wiederaufrüstung auch mit legalen außerparlamentarischen Mitteln zu bekämpfen. Die SDS-Mehrheit sieht darin eine gesamtgesellschaftliche Restauration, die nicht von der Hochschulpolitik zu trennen sei.
- Am 17. Juli wird **Theodor Heuss** erneut zum Bundespräsidenten gewählt.
- Oktober: Außenministerkonferenz in London einigt sich auf baldige Mitgliedschaft der **Bundesrepublik in NATO** und Brüsseler Pakt. In Paris entstehen die "Pariser Verträge".
- DGB-Kongress unter Teilnahme von Theodor Heuss lehnt mit großer Mehrheit **Einführung der Wehrpflicht** ab. Ein Thema, das viele angehende oder immatrikulierte Studenten betrifft.

1955

- Frankfurter Paulskirche: **Deutsches Manifest** „Rettet Einheit, Freiheit, Frieden. Gegen Kommunismus und Nationalismus“ wird verabschiedet. Wiedervereinigung soll Vorrang vor Blockbildung haben. Unterzeichner u.a. Alfred Weber, Hemut Gollwitzer, Gustav Heinemann.
- Februar: Verabschiedung der **Pariser Verträge**: neben Aufnahme in die NATO auch künftige Stationierung alliierter Truppen im Bundesgebiet. SPD stimmt dagegen.
- Mai: Als Antwort auf die Nato-Mitgliedschaft der Bundesrepublik gründen die Sowjetunion und die sozialistischen osteuropäischen Länder den **Warschauer Pakt**.
- Juli: **Warnung vor Atomkrieg**. Appelle von neun Wissenschaftlern, u.a. Einstein und Bertrand Russell; weiterer Appell von Nobelpreisträgern wie Hahn, Heisenberg, Butenandt, Born.

1956

- Verbot der **KPD**, die Millionen Unterschriften gegen eine Wiederbewaffnung gesammelt hat.
- DDR baut als **Antwort auf die neue Bundeswehr** eine **eigene Volksarmee** auf.
- März: Aufruf des Präsidenten Theodor Heuss und der Stiftung Hilfswerk Berlin, Plätze für bedürftige **Berliner Ferienkinder** in Westdeutschland zu schaffen, um sie für eine Weile aus der geteilten Stadt zu holen.
- Bundestag stimmt nach erbitterten Auseinandersetzungen dem **Gesetz zur Wiedereinführung der Wehrpflicht** zu für Männer zwischen 18 und 45 Jahren. Bevölkerung mehrheitlich dagegen.
 - Polen: Nach einem begrenzten Arbeiteraufstand in **Posen**, durch den Władysław Gomułka am 21. Oktober gegen den Willen der sowjetischen Führung zum ersten Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) gewählt wird und Reformen plant, können Verhandlungen mit den angereisten sowjetischen Führern eine militärische Intervention abwenden.
 - **Ungarn:** Hierdurch ermutigt, führen ab 21.10. **Studenten** der Universitäten in **Budapest** Kundgebungen durch, am 23. 10. mit einer friedlichen Großdemonstration und Forderungen nach demokratischen Veränderungen, Abzug sowjetischer Truppen, Abschaffung von Zensur, freien Wahlen, freien Universitäten, kurz bürgerlichen Freiheitsrechten und nationaler Unabhängigkeit. Beim Versuch, das Rundfunkhaus zu stürmen, werden 500 Sicherheitsbeamte aktiv, eine Frau wird erschossen – das Signal für den **Ungarischen Aufstand**.

Teile der Armee solidarisieren sich, es entsteht ein Bürgerkrieg, der sich schnell auf andere Orte ausweitet. Am 4. November greifen 1000 sowjetische Panzer und bombenwerfende Flugzeuge an, die ungarische Armee unterliegt. 100.000 Menschen demonstrieren in Berlin. Der Westen hält sich zurück, will eine Konfrontation vermeiden, obwohl Hilfe über Radio Free Europe versprochen war. Ende November kehrt erzwungene Ruhe ein. Das Ergebnis sind etwa 2500 Tote auf ungarischer, 700 auf sowjetischer Seite; hunderte Aufständische werden hingerichtet, tausende landen in Gefängnissen. Hunderttausende Ungarn flüchten vor der Diktatur in den Westen. Der Warschauer Pakt hat ein Exempel statuiert.

1957

- **Sputnik-Schock** versetzt westliche Länder in Aufregung: sowjetischen Wissenschaftlern ist es gelungen, einen künstlichen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu bringen. Schon im November folgt der zweite Satellit mit einer Hündin und wissenschaftlichem Gerät an Bord. Es führt im Westen zu **Folgen im wissenschaftlichen und Bildungsbereich**, insbesondere in der Raumfahrtforschung. **Der Wettbewerb beginnt**, auch in der Rüstung. Im Dezember melden die USA den Abschuss einer Rakete von 9000 km Reichweite.
- In Berlin wird **Willy Brandt** zum regierenden Bürgermeister gewählt.
- **Konrad Adenauer** wird zum Drittenmal Bundeskanzler. Im Januar entstehen Tumulte im Bundestag nach Rücktrittsforderungen (u.a. Gustav Heinemann) mit der Begründung, er habe 1952 falsche Entscheidungen getroffen und Behauptungen geäußert nach einem Angebot Stalins, **Wiedervereinigung**, freie Wahlen, Pressefreiheit und deutsche Armee zu erlauben bei Verzicht der BRD auf den Beitritt in ein Militärbündnis. (Stalin stirbt im Jahr darauf.) Adenauer dementiert, das Angebot sei nicht ernst zu nehmen gewesen.

1958

- Nach ruhigen Jahren die erste größere Krise an der FU Berlin: Studentenkonvent mischt sich innenpolitisch ein und beschließt **Befragung** der Studentenschaft **zur atomaren Bewaffnung** der Bundeswehr.
- Aufruf "**Kampf dem Atomtod**", in Frankfurt von Politikern der SPD, Wissenschaftlern, Schriftstellern wie Böll und Kästner unterzeichnet. Tumulte im Bundestag, SPD und FDP können eine Zustimmung zur Atomwaffenstationierung durch CDU/CSU und DP nicht verhindern.
- Deutscher Studententag in Karlsruhe, Motto "Restaurieren-reparieren-reformieren, die Universität erhalten". Ruf nach **Hochschulreformen**.
- Ein politisches Forum zum Thema "Die **Wiedervereinigung** Deutschlands" organisiert der AStA der FU im Sommersemester.
- November: Die (zweite) **Berlin-Krise**. Nikita S. Chruschtschow richtet eine Note an die drei westlichen Besatzungsmächte Berlins, die USA, Großbritannien und Frankreich, mit dem Inhalt, die Sowjetunion wolle der DDR die Kontrolle über alle Verbindungswege zwischen Westdeutschland und West-Berlin übertragen, sollte nicht innerhalb eines halben Jahres eine alliierte Übereinkunft zustande kommen, mit der West-Berlin in eine Freie Stadt ohne Besatzung verwandelt würde. Auch als Chruschtschow- oder **Berlin-Ultimatum** bezeichnet.
- Außenminister der drei Westmächte Frankreich, Groß Britannien und USA sowie der Bundesrepublik betonen auf einer Konferenz in Paris am 14. Dezember ihre Entschlossenheit, ihre Rechte in Berlin zu wahren; Außenminister der **NATO-Staaten** erklären die Zugehörigkeit Berlins (West) zum Schutzbereich des NATO-Bündnisses. Die neuen Spannungen schüren Sorgen um eine neue Kriegsgefahr und eine Verschärfung der Einschränkungen für Bewohner der Stadt Berlin.

1959

- Linke Studenten feiern Sieg der kubanischen Revolution am 1. Januar.
- Januar: Das Kabinett Adenauer am 5.1. in einer Note an die Sowjetunion: die Errichtung einer „Freien Stadt West-Berlin“, die Anerkennung der DDR sowie eine Konföderation der beiden deutschen Staaten **werden abgelehnt**.
Die Sowjetunion legt daraufhin am 10. Januar einen **Entwurf für einen Friedensvertrag** mit Deutschland vor, in dem alle Teilnehmerstaaten des Krieges gegen Deutschland aufgefordert werden, innerhalb von zwei Monaten eine **Friedenskonferenz** unter deutscher Beteiligung einzuberufen. Der **Westen lehnt ab**.
- Januar: Studenten organisieren an der FU im Zusammenhang mit Entscheidungen zur Wiederbewaffnung einen **Berliner Anti-Atom-Kongress**, gegen atomare Aufrüstung.
- Westberliner (Springer-)Presse schäumt: **Skandal!** Vom Osten gesteuert! Fünfte Kolonne! Als empörend wird die Anmaßung seitens der Studenten empfunden, gegen Entscheidungen der Regierung zu opponieren und die US-dominierte **NATO-Politik** in Frage zu stellen.
- SDS-Mitglieder der FU organisieren anlässlich bevorstehender Verjährung eines Großteils von Nazi-Verbrechen die bundesweit durchgeführte Ausstellung "**Ungesühnte Nazijustiz**".
- An verschiedenen Hochschulen untersuchen Studenten die Vergangenheit ihrer Professoren und finden unter ihnen ehemalige NS-Angehörige, einige in höheren Positionen.
- Im Mai folgt der **Frankfurter Anti-Atom-Kongress**. Aufgestellte Thesen: Die Bundeswehr ist eine Gefahr für die Demokratie, die **Nato eine Gefahr für den Weltfrieden**. Verabschiedet wird eine **Resolution** für Abrüstung und gegen Wehrpflicht.

- Weiterer Studentenkongress des SDS gegen Militarismus, für Demokratie.
- Innerhalb des SDS, Hochschulverband der SPD, gibt es rechte und linke Gruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Resolution führt zu Spannungen mit der Partei. Als Resultat spaltet sich kurz darauf der neue Sozialdemokratische Hochschulbund **SHB** ab.
- November: Die SPD verabschiedet auf ihrem Parteitag das “**Godesberger Programm**” mit dem Kernsatz: “Der Sozialismus wird nur durch Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt”. Der Marxismus soll nicht länger alleinige Grundlage des Handelns und die **SPD keine reine Arbeiterpartei mehr** sein.

1960er Jahre

- Nach dem “Sputnik-Schock” 1957 und daraus entstandenem Druck auch in Westdeutschland wird eine **Bildungskatastrophe** heraufbeschworen, woraufhin ab Beginn der 60er bis in die 70er Jahre Hochschulausbauten und in verschiedenen Städten -Neugründungen folgen.
- **Studentenzahlen** steigen an, von ca. **186.000** um 1957/58 auf beinahe **247.000** Anfang 1960.
- Diskussionen zu Reformbestrebungen werden im ganzen Land drängender, es geht um **Hochschulreform und -autonomie**, Studienreform, innere Organisation, Kompetenz- und Mitbestimmungsrechte innerhalb der Hierarchie und der Gremien. Verstärkt und neu jetzt auch massiver werdende **Forderungen der Studenten nach mehr Teilhabe** bei allen Hochschulentscheidungen, von denen sie betroffen sind.
- Großer Streitpunkt ist der durch Studenten forcierte Einzug **politischer Themen und Aktionen in den Hochschulen** sowie ihre Forderung nach Mitbestimmung; Ordinarien reagieren autoritär mit Verboten. Zeitgleich finden diese Aktionen auch in anderen westlichen Ländern statt und entwickeln sich in den kommenden Jahren zu einer globalen Bewegung, die sich bald ausweitete.
- Ordinarien in ihrem Elfenbeinturm fehlt oft jeder Zugang zu Anliegen der Studenten. Universitätsleitungen sind überfordert. **Restriktive Maßnahmen** und Rufe nach polizeilicher Unterstützung sind fast überall hilflose Versuche der Eindämmung und tragen zur Beschleunigung und Stärkung der Proteste bei.

1961

- **Der Mauerbau.** Die Berlin- und Ost-West-Krise hat sich zugespitzt, Fluchten aus der DDR nach Westberlin und Westdeutschland steigen dramatisch an. Nach fiberhaften Verhandlungen mit Moskau und Ruf nach Gipfelkonferenz beschließt die Ostberliner Volkskammer **Maßnahmen zum Schutz der DDR**. Ab 13. August finden Abriegelungen statt, zwei Tage später beginnt der Mauerbau. Studenten beteiligen sich später als **Fluchthelfer**, begleitet von positiven Presseberichten.
Über 70 Studenten der FU werden in den folgenden Monaten und Jahren wegen Fluchthilfe auf DDR-Gebiet festgenommen und von DDR-Gerichten zu Haftstrafen verurteilt.
- SDS veröffentlicht Denkschrift “**Hochschule in der Demokratie**”, legt Reformvorschläge vor.
- November: SPD-Führung fasst einen Unvereinbarkeitsbeschluss, es folgt der **Ausschluss des SDS aus der Partei**. Spannungen sind unüberbrückbar geworden wegen des Engagement gegen die Wiederbewaffnung, die Atomrüstung und das Godesberger Parteiprogramm.
- SDS wird nun als einzige parteiunabhängige, sozialistische Studentenorganisation in der Bundesrepublik zur **Plattform** für gesellschaftskritische Studenten und Teil der internationalen “**Neuen Linken**”.

- SDS in USA: "Students for a democratic Society", eine von zahlreichen weiteren Studentenorganisationen, die sich neu gegründet hat.
- Wegweisende Literatur in westlichen Unis: **Vance Packard**: "Die geheimen Verführer", **Herbert Marcuse**: "Der eindimensionale Mensch", "Dialektik der Befreiung", "Triebstruktur und Gesellschaft"
- Universität **Berkeley** in Kalifornien ist Zentrum der Studentenkritik. Forderungen nach kritischen Lehrinhalten, Versuche einer Gegenkultur, "Beatgeneration", Anfänge der Hippiebewegung, Verweigerung des Konsumismus, gegen überkommene, teils heuchlerische Sexualmoral, für Pazifismus. „Make Love Not War“. "Love and Peace" fließt ein in die Popkultur. Die Themen erreichen Europa ein paar Jahre später.

1962

- Februar: Studentenkonvent an der FU beschließt Solidaritätssammlung für algerische Flüchtlinge und Studenten, Rektor verhindert dies als **politische Handlung**, für die es **keine Befugnis** gibt.
- Die **Kubakrise** führt die Welt an den Rand eines Atomkriegs und stärkt die Anti-Atom-Befürworter in der Studentenschaft, die sich mit der Revolution Fidel **Castros** gegen die übermächtigen USA identifiziert. **Kennedy** und **Chruschtschow** finden einen Kompromiss.
- Oktober: **Spiegel-Affäre**, das Nachrichtenmagazin berichtet über letztjähriges Nato-Manöver, angeblicher Verrat von Staatsgeheimnissen. Herausgeber und Chefredakteure werden verhaftet. Große Demonstrationen gegen Verhaftungen und Maulkörbe für die Presse. Kritische Studenten fühlen sich in ihren Vorbehalten gegenüber **NATO**-Aktionen bestätigt.

1963

- Januar: Das Abkommen zur deutsch-französischen Zusammenarbeit (**Elysé-Vertrag**) wird von Konrad Adenauer und dem Initiator **Charles de Gaulle** unterzeichnet. Dieser deutsch-französische Freundschaftsvertrag soll Koordination und gemeinsame Planung aller wichtigen Fragen der Außen-, Sicherheits-, Jugend- und Kulturpolitik sicherstellen. Der Vertrag tritt ab Juli in Kraft, es folgt die Gründung des **Deutsch-Französischen Jugendwerks**, Plattform für künftige intensive Begegnungen junger Menschen im Freizeit-, Sport-, Bildungsbereich.
- An FU und anderen Hochschulen im Land sowie in Ländern kommt es aus ähnlichen Gründen zu offenen Konfrontationen. Studenten nehmen Repressionen und Verbote nicht mehr hin.
 - USA: Erste große Studentenrevolte in **Berkeley**, California, Studenten wollen sich politisches Handeln nicht verbieten lassen. Aktionen: Teach-ins, Sit-ins, Love-ins als neues Protestmittel. "The New Left", "The Movement".
 - Solidarität mit Bürgerrechtsbewegung, Black Panther Party (BPP), gegen die alltägliche Rassendiskriminierung. Verhaftungen und Auflösung von Versammlungen durch Polizei.
 - **Gründung freier Universitäten**: Studenten halten selbständig Vorträge und Seminare zu selbst ausgewählten Themen, laden Referenten ein, führen Veranstaltungen durch.
- **John F. Kennedy** in Berlin, erhält am 26. Juni die Ehrenbürgerwürde der FU, am gleichen Tag hält er seine Rede mit dem Satz "Ich bin ein Berliner" vor dem Rathaus Schöneberg.
- **AStA Berlin**: ein mensurenschlagender Korporierter (E. Diepken) wird zum Vorsitzenden gewählt, was seit Gründung der FU strikt ausgeschlossen ist. Nach Urabstimmung finden Neuwahlen statt. Das konservative Lager ist schockiert. Auch manche Professoren schätzen schlagende Verbindungen und pflegen Kontakte.

- Presse: **Skandal** an der freien Universität! Man wiegelt die Studenten auf!
- Auftakt für mehr künftigen Einfluss der nach links tendierenden Studentengruppen, bisher in der Minderheit. Zusammenschluss verschiedener Gruppen.
- Die "Einheitsfront gegen Kommunismus" an der FU gerät ins Wanken, Presse unterstellt Unterwanderung aus dem Osten.
- Oktober: Rücktritt Adenauer, Nachfolger als Kanzler **Ludwig Erhard** (CDU/CSU-FDP-Koalition).
- An der FU Berlin studieren sind nun beinahe 15.000 Studentinnen und Studenten, in Berlin und Westdeutschland insgesamt über 295.000 immatrikuliert.
 - USA 22. November: **Präsident Kennedy** wird in Dallas, Texas, erschossen.

1964

- Auf Westdeutscher Rektorenkonferenzen (WRK) werden die **Überfüllung der Hochschulen** diskutiert, Studienzeiterkürzungen angesprochen, das US-Hochschulsystem begutachtet.
- SDS gibt politisches Statement ab und erkennt an, dass es zwei deutsche Staaten gibt, sieht Möglichkeit der **Wiedervereinigung** in guten Kontakten zu Polen und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als dessen westlicher Grenze.
 - USA: Studentengruppen in **Berkeley** wird im September verboten, auf Uni-Gelände Reden zu halten oder Spenden zu sammeln. Sie organisieren sich zu einer "**Free-Speech-Movement**", fordern "to hear any person in any open area on campus at any time on any subject" und Rücknahme des Verbots. Ein Student wird verhaftet, 3000 Kommilitonen umringen das Fahrzeug für 36 Stunden, Demos dauern Wochen an. Im Dezember wird Verbot aufgehoben.
- Dezember: Konzert mit Wolf Biermann im Audimax Hamburg

1965

- Unruhen setzen sich fort, hier wie dort.
 - **Malcolm X**, Bürgerrechtler, wird am 21. Februar in New York City **erschossen**
 - Nach fingiertem "**Tonkin-Zwischenfall**" im Vorjahr nimmt unter Präsident Johnson ab Februar 1965 das flächendeckende **Bombardement auf Nordvietnam** seinen Lauf und erzeugt Entsetzen, Studentengruppen in USA und Europa protestieren vehement.
- Studenten an FU laden am 8. Mai ein zu einer Podiumsdiskussion "**Restauration oder Neubeginn** – die Bundesrepublik 20 Jahre danach" anlässlich des Jahrestags der Kapitulation. Der neue **Rektor verbietet** Veranstaltung auf FU-Gelände, sperrt das AudiMax, weil geladene Redner (u.a. Kuby, Jaspers) nicht genehm sind. Große Protestdemonstrationen folgen.
- Kritik eines Assistenten an Maßnahmen des Rektors wird mit Vertragskündigung beantwortet.
- Auftakt zur **ersten Revolte**, Protestveranstaltungen, Demos in der Stadt, Vorlesungen werden boykottiert; Resolution mit 4000 Unterschriften fordert Öffnung der FU für Diskussionen aller Art und Freiheit der Meinungsäußerung – wie im Grundgesetz verankert.
- Massive Springerhetze gegen Studenten. Studentenschaft fühlt sich durch autoritäre Maßnahmen bestätigt in der Annahme, dass die schleichende **Restauration** mit Tempo voranschreitet.
- Studentenkonvent der FU verabschiedet Beschluss gegen die geplanten **Notstandsgesetze** mit anschließenden Protestaktionen.
- 1. Juli: Bundesweite Demonstrationen gegen den „**Bildungsnotstand**“.

- Wie in den USA finden zahlreiche Aktionen in westlichen Hochschulen und Veranstaltungen gegen Bombardements und **Massenmord in Vietnam** statt, auch in BRD und in Berlin.
- Bürgermeister Willy Brandt: Die Freiheit Berlins wird auch in Vietnam verteidigt....
 - In **Prag** versucht Partei, Kritik der Studenten durch außerordentliche Studentenkonferenz abzufangen. Studenten verlangen weiterhin echten Einfluss ihrer Vertreter bei Wahl von Dekanen und Rektoren.
 - In **Madrid** lässt der Hochschulrektor eine Versammlung durch die Polizei auflösen.

1966

- Beginn der "Kulturrevolution" in China nach den Veränderungen durch den "Langen Marsch". Nicht wenige Studenten wenden sich der "maoistischen Linken" zu und orientieren sich an Theorien der KP Chinas.
- Februar: **Genehmigte Demo** von 2000 Personen gegen Vietnampolitik der USA, Eierwürfe gegen Amerika-Haus, **Polizei schreitet mit Knüppeln ein**. Springerblatt "BZ" bringt die Schlagzeile "Eine Schande für unser Berlin!"
- Rektor der FU entschuldigt sich in einem Brief beim amerikanischen Stadtkommandanten in Berlin. USA haben seit Gründung der FU 98 Millionen DM gespendet, davon 79,5 Millionen DM aus Mitteln des State Departments und 16,6 Millionen DM von der Ford Foundation.
- Akademischer FU-Senat will **keine politischen Veranstaltungen mehr in Uni-Räumen** zulassen, bis auf die Mensa (wogegen der Asta votiert).
- Neue **Studienrichtlinien** werden als Instrument zur **Disziplinierung** und gegen politisches Engagement der Studenten gesehen: Erhöhung der Semestergebühren soll die "Zeitverschwendung" durch politische Tätigkeiten einschränken, Begrenzung der Studienzeiten auf maximale Semesterzahl führt in einigen Fakultäten zu **Zwangsexmatrikulationen**.
- Der Versuch der Entpolitisierung bricht mit der **Satzung der FU**, die den Auftrag zur politischen Bildung beinhaltet. Teile der Professoren fordern Universität der "reinen Wissenschaft", ohne Politik.
- Vorausssehbare Folge: mehr **Politisierung und Radikalisierung** der Studenten, die sich in einer Abwehrschlacht gegen die Reaktion sehen.
- Studentischer "**Koordinierungsausschuss Notstandsgesetzgebung**" verteilt 16.500 Flugblätter.
- Frankfurt: **Studentenkongress gegen Vietnamkrieg**, 3000 Teilnehmer demonstrieren.
- Verbot eines Vietnam-Forums auf FU-Gelände, Protestveranstaltung findet vor der FU statt.
- 22. Juni: **erstes Sit-in** nach Beispiel der Kommilitonen in Berkley, 3000 Studenten erproben dieses neue "Kampfmittel", für **Studienreform**, gegen das Verbot politischer Veranstaltungen auf Uni-Gelände. Einige **Dozenten solidarisieren sich**, der Senat hebt später den Beschluss wieder auf.
- Aus Sit-in wird ein **Teach-in** mit Diskussionen, radikaler werdende Gesellschaftskritik, Resolutionen, erste radikale Gruppen bilden sich.
Rektor warnt öffentlich: **Autonomie der FU ist in Gefahr!**
- Presse als konservatives Sprachrohr beeinflusst öffentliche Meinung: Skandal an der FU! Akademische Gammler! (Statt zu studieren gehen sie auf die Straßen!). Interesse an studentischen Argumenten besteht nicht oder soll von vorherein abgewürgt werden.
- Diskussionen um **mehr Demokratie** und Einbeziehung **politischer Themen** in das Studium finden an allen bundesdeutschen Hochschulen statt, mit Vorschlägen für neue Studienreform und mehr studentische Mitbestimmungsrechte.

- Studenten kommen zu der Erkenntnis, dass die Probleme an den Hochschulen (Defizite an Demokratie) zugleich **Probleme innerhalb der Gesellschaft** sind, mit der Folge von intensiven Gesellschaftsanalysen an allen Fakultäten.
- FU-Diskussionsveranstaltung zwischen Rektor und Studenten, SDS-Mitglieder "mit Mao-Abzeichen" nehmen ihm das Mikrofon weg, verteilen Flugblätter, in denen die Rede ist von "professoralen Fachidioten".
- BRD erlebt 1966 größte **Rezession** seit 1948, auch Sparmaßnahmen sind als Grund für die Reduktion der Studentenzahl anzunehmen. Die abschwächende Hochkonjunktur wird auch in anderen westlichen Ländern als gravierende **Wirtschaftskrise** wahrgenommen.
- Protestkundgebung von Studenten gegen befürchtete große Regierungskoalition in Bonn.
- 30. November: Kanzler Ludwig Erhard tritt zurück aus bisheriger CDU/CSU-FDP-Koalition.
- 1. Dezember: Kiesinger als neuer Kanzler eingesetzt, bildet große **CDU/CSU-SPD-Koalition**. Berliner Bürgermeister Willy Brandt geht nach Bonn als Vizekanzler.
- Zum Abschluss einer **Vietnam-Woche** ruft Rudi Dutschke als SDS-Redner zur außerparlamentarischen Opposition (**APO**) auf, da Opposition im Bundestag nicht mehr vorhanden ist.
- Aus anschließender Demo entsteht **erste Straßenschlacht** zwischen Studenten und Polizisten in Berlin, 86 Personen werden festgenommen. Dies wiederholt sich wenige Tage später.
- Presse gegen Studenten: Skandal!!! Dutschke gilt als "roter Rädelsführer Rudi".
- Berlin praktiziert Härte aus Schwäche, Regierung veranlasst radikale Polizeimaßnahmen gegen friedliche **Spaziergangsdemonstrationen** im Dezember.
- Folge der Polizeigewalt: Studenten aller politischen Fraktionen solidarisieren sich nun mit den linken SDS-Gruppen, auch SHB und der CDU-nahe RCDS.

1967

- Uni-Tage an FU in Berlin zum Thema "**Universität und Demokratie**". Einigung zwischen Professoren und Studenten über Grad der Freizügigkeit und Gleichberechtigung nicht möglich. Prof. **Habermas** bezeichnet das Begehren der Studenten als legitim und warnt die Unis vor gesellschaftlich-politischer Abstinenz.
- Politische Polizei durchsucht nach Anzeige Büro des SDS und beschlagnahmt Mitgliederkartei (auf der Suche nach Verfassern des "Fachidioten"-Flugblatts).
- Auf dem Ku-Damm werden jugendliche Demonstranten festgenommen wegen Tragens eines Plakats gegen kanzler und ehemaligen **NS-Funktionärs Kiesinger**, der am Denkmal für die NS-Opfer in Plötzensee einen Kranz niederlegen will.
- Berliner SDS beschließt eine "**Politik der permanenten Universitätsrevolte**".
 - **Barcelona:** 2000 Studenten feiern mit Professoren, Intellektuellen, Künstlern, Technikern, Ärzten, Priestern und Rechtsanwälten einen "Nationalen Tag gegen die Unterdrückung" durch das Franco-Regime.
 - **Berkeley:** Tausende Studenten boykottieren Vorlesungen wegen Festnahme von Demonstranten gegen die Anwesenheit von Werbeoffizieren der Marine auf Uni-Gelände. Inzwischen werden auch Studenten höherer Semester eingezogen zum Kriegsdienst.
 - **Italien:** 10.000 Professoren, Dozenten, Assistenten und 400.000 Studenten beschließen für 1. Februar einen Generalstreik, weil geplante Studienreform seit 1962 auf Eis liegt.
- Der **CIA** wird vorgeworfen, an der FU **Spitzel** angeworben zu haben.
- Warnung vor drohenden massiven **Zulassungsbeschränkungen** an den Universitäten.

Kultusministerkonferenz rechnet bis 1980 mit 600.000 Studenten (es wird 1 Million erreicht), Wissenschaftsrat schlägt u.a. **Numerus clausus** vor. Es fehlt nicht nur an Raumkapazitäten, auch die Anzahl der Lehrenden entspricht keineswegs den Erfordernissen.

- Mitglieder der Kommune 1 (u.a. Studenten der FU und des SDS) werden verhaftet wegen Herstellung von "Bomben" für Besuch des US-Vizepräsidenten Humphrey, die sich als **Puddingbomben** herausstellen. Berliner Senat beschließt Disziplinarmaßnahmen und stellt Verbot des SDS in Aussicht. 2000 Studenten führen nach Aufruf durch AStA nächtliches **Sit-in im Audimax** durch, Rektor ruft die Polizei, welche die passiv Sitzenden hinausträgt.
- Nachspiel: beiden AStA-Vorsitzenden wird gekündigt, Studenten-Konvent spricht ihnen jedoch das Vertrauen aus und initiiert eine Urabstimmung, auf der eine knappe Mehrheit ihnen zustimmt.
- Bildzeitung: "Jetzt wird aufgeräumt an der Rabatz-Universität!"
- Marburg: 7500 Studenten führen 2-tägigen **Generalstreik** mit Protestmarsch durch als Antwort auf vorgesehene Kürzung der Universitätsmittel durch Hessischen Landtag.
- 22. Mai: In Brüssel brennt das **Kaufhaus À l'innovation** während Ausstellung US-amerikanischer Konsumgüter. Etwa 323 Menschen kommen dabei ums Leben. Beweisfrei behauptet wird – auch in deutschen Medien – **Brandstiftung durch Vietnamkriegsgegner** und entsprechend ausgeschlachtet und diskutiert. Später nimmt Feuerwehr ein Gasleck als Ursache an.
- **Rainer Langhans** und **Fritz Teufel**, Kommunarden der "Kommune 1" und bekannt durch Eierwürfe und Pudding-Attentate, verteilen Flugblätter mit satirischen Texten, die den vermeintlichen Anschlag satirisch gutheißen („Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?“). Es lässt sich die Aufforderung zur Nachahmung herauslesen. Auf eine Anklage folgt jedoch Freispruch.
- Besuch des **Persischen Schah** und Gemahlin in Bundesrepublik, an allen besuchten Orten finden Demonstrationen statt wegen der repressiven Politik gegen sein Volk. **Am 2. Juni** ist das Paar in Berlin und besucht mit Honoratioren der Stadt die Oper. Viele Demonstranten befinden sich auf gegenüberliegender Straßenseite zwischen Absperrung und Bauzaun und sitzen in der Falle, als sie durch massive **Polizeigewalt mit Knüttelschlägen** auf Oberkörper und Köpfe traktiert werden. Es gibt zahlreiche Verletzte. Flüchtende werden durch die Straßen verfolgt bis auf Hinterhöfe als Ziel von gewaltsamen Attacken..
- >>> **Benno Ohnesorg**, Student der Germanistik an der FU und eher als Beobachter in einem der Höfe, wird dort von Polizisten festgehalten, geschlagen und von einer Person in Zivilkleidung – angeblich versehentlich – per Kopfschuss **umgebracht**. Er hinterlässt eine schwangere Ehefrau.
Die Tatsache soll vertuscht und als Schädelfraktur durch Steinwurf deklariert werden, doch Anwalt und SDS-Mitglied Horst Mahler deckt den Skandal auf. Der **Polizeibericht** gilt später als **gefälscht**, der Täter allerdings wird nach Gerichtsverhandlung freigesprochen.
- Der Mord löst Fassungslosigkeit und Empörung aus, an fast allen Hochschulen der Bundesrepublik demonstrieren insgesamt über **100.000** Studenten an den kommenden Tagen gegen Polizeigewalt. Studentensprecher rufen zur Enteignung des Verlages Axel Springer auf.
- In den Folgemonaten kommt es zu Rücktritten des Polizeipräsidenten, des Innensenators und des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Heinrich Albertz.
- Diskussionen zu **Hochschulreformen** spitzen sich zu, überall sind außerdem die Mittel knapp.

Die WRK hält Ausdehnung des Numerus clausus für unvermeidbar, falls die Bundesfinanzplanung nicht auf die Notlage eingeht. Größte WiSo-Fakultät Köln gibt bekannt, dass wegen schlechter Bedingungen ein **ordnungsgemäßes Studium nicht mehr möglich** sei.

- Juli: **Herbert Marcuse** diskutiert nach seinem Vortrag über "Das Ende der Utopie" im überfüllten Auditorium maximum an FU mit den Studenten .
- Am 1. November wird in der FU von Dutschke und anderen eine „**Kritische Universität**“ gegründet nach dem Vorbild ähnlicher Versuche an der University of California, als Gegenuniversität, für **basisdemokratisches Lernen**.
- Soziologe Dahrendorf (Buch: Bildung ist Bürgerrecht, 1965) in Konstanz schlägt sechssemestrige **Kurzstudiengänge** vor.
- Studentenschaften in Baden-Württemberg fordern, endlich mit der **Hochschulreform** zu beginnen, die mehr Mitbestimmungsrechte für Assistenten und Studenten beinhalten soll.
- Universität Kiel weist auf unzureichende Finanzierung der Hochschule hin.
- Innenminister teilt vor Presse mit, dass in der BRD keine umfassende, systematische Bildungsplanung vorhanden ist.
- Studenten-Demos gegen Springer-Konzern auf der Buchmesse Frankfurt.
- **“Unter den Talaren Muff von tausend Jahren”**, dieses Transparent begleitet mit Pfiffen und Sprechchören die Rektoratsübergabe in Hamburg. Ordinarius kann ein “ihr gehört in's KZ!” nicht zurückhalten und wird später suspendiert.
- Auch in Frankfurt hören Studenten ein **“SDS in's KZ!”** von Zuhörern, als sie per Go-in eine Vorlesung des Prof. Carlo Schmid unterbrechen, um über die geplanten **Notstandsgesetze** zu diskutieren.
- Studentenunruhen in Frankfurt, Berlin, Aachen, Hamburg. 85% aller Studenten halten Demonstrationen für ein legitimes demokratisches Mittel.
- In Gießen und in Göttingen werden **Versuche des Verfassungsschutzes** aufgedeckt, Studenten anzuwerben. Göttinger Hochschulsenat entrüstet sich, Bundesinnenministerium hält die Überwachung des SDS für rechtmäßig.
- Bundesminister Strauß (CSU) fordert die (rechten) Studentenverbindungen auf, politisch aktiv zu werden; sie gewinnen bei den Studentenschaftswahlen in München die Mehrheit.
- Über 30.000 Studenten und Professoren haben das **Hochschulmanifest gegen die geplanten Notstandsgesetze** unterzeichnet.
- Präsident der WRK gibt bekannt, dass in Zukunft nicht jeder Abiturient mit einer **Studienzulassung** rechnen könne.
- In **Basisgruppen** beginnen Auseinandersetzungen mit **marxistischen Emanzipationstheorien**.
- Erste **Frauenarbeitsgruppen** werden von Studentinnen gegründet, Thema Emanzipation von herkömmlichen Frauenrollen und Defiziten bei Bildungsangeboten für Mädchen und Frauen.

1968

- SDS veröffentlicht Broschüre **“Die repressive Universität – Probleme der Hochschulreform** als Ausdruck der Widersprüche des organisierten Kapitalismus Westdeutschlands; die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben fortschrittlicher Studenten”.
- Zwischen der Schdanow-Universität Leningrad (heute: Staatliche Universität Sankt Petersburg) und der FU wird ein Vertrag über den Austausch junger Wissenschaftler geschlossen; erster **Partnerschaftsvertrag** zwischen einer westdeutschen und einer sowjetischen Universität.

- WRK veröffentlicht Godesberger **Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform**, die von großen Teilen der Studentenschaft abgelehnt wird.
 - Seit Mord an Ohnesorg hat sich ein Teil der Studenten radikalisiert (z.B. "Bewegung 2. Juni")
 - Bundesminister **Stoltenberg** verurteilt das Vorgehen "**linksradikaler Studentengruppen**", das immer deutlicher "**antidemokratische Tendenzen** enthülle" und wirft auch einigen Professoren vor, solche Bestrebungen zu fördern. (Tatsächlich fordern die Studenten **mehr Demokratie.**)
 - 1000 Studenten stürmen in Freiburg das Amtsgericht, um auf Demonstration festgenommene Kommilitonen zu befreien.
 - Demonstrationen werden Mittel zur Unmutskundgebung auch bei Schülern und Lehrlingen, z.B. gegen Fahrpreiserhöhungen oder Probleme an Schulen.
 - Der **Verfassungsschutz** sieht innerhalb des SDS drei Gruppen: Linksozialisten, Kommunisten (Maoisten) und Anarchisten, zu denen Rudi Dutschke gezählt wird.
 - Februar: Auf **Vietnamkongress** im Berliner Audimax, von Dutschke mit vorbereitet, ruft er zu „**Zerschlagung der NATO**“ und US-amerikanische Soldaten zur massenhaften Desertion auf. Anschließend marschieren 10.000 Demonstranten durch die Innenstadt.
 - Drei Tage später folgt eine **Gegenkundgebung von Senat, Parteien und Gewerkschaft**, auf der Teilnehmer verprügelt werden, weil sie wie Studenten aussehen. Auf Plakaten wird Dutschke als **Volksfeind Nr.1** bezeichnet. Ein Passant wird mit ihm verwechselt, woraufhin Demonstranten drohen, ihn totzuschlagen.
 - Erste Studentendemo in **Paris** mit der Forderung, in Universitäten und Wohnheimen **als Erwachsene behandelt zu werden**, nach Abbau der Allmacht der Ordinarien, politischen Organisationsmöglichkeiten auch in der Uni und Integration der Uni in die Gesellschaft. Zusammenstöße mit der Polizei häufen sich.
 - "**Prager Frühling**": Die Kommunistische Partei unter **Alexander Dubček** schafft Pressezensur ab und will ein Liberalisierungs- und Demokratisierungsprogramm durchsetzen mit Hilfe der kritischen Öffentlichkeit, die sich einen "**Sozialismus mit menschlichem Antlitz**" wünscht. Schriftsteller veröffentlichen "**Manifest der 2000 Worte**", für eine pluralistische Demokratie, gegen Dominanz der KP.
 - "**März-Unruhen**" in **Polen**: Das Vorbild Prag motiviert **Studenten in Warschau**, auch sie fordern mehr Bürgerrechte, einen demokratischen Sozialismus, ein Ende der Zensur und freie Gewerkschaften. Es kommt zu Demonstrationen und tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei. An vielen weiteren Hochschulorten Polens (und in Berlin) gibt es Solidaritätsdemonstrationen. Studenten wollen demokratische Diskussionen, führen dreitägigen Streik, später **Sit-ins mit 5000 Studenten** an der TU Warschau, bald an allen Universitäten Polens durch, fordern die Arbeiter zur Solidarität auf. Bürger versorgen sie mit Lebensmitteln.
- In Teilen der Regierung zeigt sich unverholener **Antisemitismus**: Demonstrierenden wird unterstellt, mehrheitlich zionistisch-stalinistisch zu sein, sie werden bei Verhaftung aufgefordert, nach Israel auszuwandern. Als fast tausend Studenten hinter Gitter sitzen, ist die Bewegung lahmgelegt. An den Hochschulen werden angebliche zionistische Rädelsführer aus ihren Ämtern gejagt, es entwickelt sich eine **Kampagne gegen jüdische Intellektuelle**. Durch Entlassung vieler der besten Fakultätsmitarbeiter büßen einige Universitäten ihre wissenschaftliche Qualität ein. Eine Auswanderungswelle nach Israel findet tatsächlich statt.

- Studentenunruhen in **Madrid und Barcelona**,
Zahlreiche Sit-ins, Go-ins und Teach-ins in **Großbritannien**;
in **Mailand** geraten 3000 Studenten in Konflikt mit der Polizei, Verletzte und Verhaftungen, in **Bologna** verlangen Studenten, dass der neue Rektor erst nach vorheriger Vorlage eines Reformprogramms gewählt wird.
- Schwere antiamerikanische, von Studenten initiierte Ausschreitungen in **Tokio** gegen Stützpunkte des US-Militärs in Japan; von dort werden Angriffe gegen Vietnam gestartet.
- Unruhen in **Spanien, Peru, Brasilien**, wo eine Militärdiktatur regiert und in Rio de Janeiro ein Student und ein Zivilist erschossen werden.
- Frankfurt: Demos gegen Vietnamkrieg und für Rudi Dutschke, der an der Vorbereitung einer Vietnamkundgebung beteiligt war und von der Polizei festgehalten wird.
- **VDS-Kongress** in München fordert Rücktritt von Bundespräsident Lübke ("NS-Architekt") und formuliert zahlreiche Resolutionen und Beschlüsse, u.a. gegen Krieg in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze, für Anerkennung der DDR, für die Demokratisierung der Hochschulen und gegen Hochschulsatzungen, die bestehende Herrschaftsverhältnisse aufrechterhalten.
- Bayrischer Kultusminister mahnt Erweiterung der **Hochschulkapazität** an wegen wachsender Studentenlawine. Zum WS 1967/68 werden bundesweit ca. 338.000 gezählt.
- Staatsanwaltschaft Berlin erhebt **Anklage gegen Rudi Dutschke** wegen schweren Landfriedensbruchs, Initiierung eines Auflaufs, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz.
- **Kaufhausbrand Frankfurt**: Ohnesorg-Mord und anschließende Reaktionen führen zur endgültigen Radikalisierung eines Teils der Studentenschaft und Aktionen neuer Art. Andreas Baader und Gudrun Ensslin üben im August 1967 einen "Rauchbombenanschlag" auf die Berliner Gedächtniskirche aus. Am 2. April nun legen sie zusammen mit zwei weiteren Personen in Frankfurt **Brandsätze in zwei Kaufhäusern** aus, die um Mitternacht per Zeitzündler gezündet werden. Bei der Deutschen Presse-Agentur wird der bevorstehende Brand mit Ortsangabe gemeldet und dem Hinweis "Es ist ein politischer Akt." Materialschäden bleiben überschaubar, die Täter werden kurz darauf gefasst. Das Urteil: drei Jahre Zuchthaus, es hätten Menschenleben gefährdet sein, die "ganze Innenstadt abbrennen" können.
- 4. April USA: **Martin Luther King Jr.**, Führer der gewaltlosen Bürgerrechtsbewegung in den USA, wird in Memphis erschossen. Es kommt zu schweren Rassenunruhen. Das von ihm miterkämpfte "Bürgerrechtsgesetz 1968" wird von Präsident Johnson am 11. April in Kraft gesetzt und bremst die Unruhen ab. Bis dahin gibt es 46 Tote.
- >>> 11. April, Donnerstag vor Ostern: **Anschlag auf Rudi Dutschke in Berlin**. 24-jähriger, von Presse und Medien und evtl. King-Mord aufgeheizter Täter reist nach Berlin, um Rudi Dutschke zu töten. Auf offener Straße schießt er mehrmals auf sein Opfer, Dutschke wird lebensgefährlich verletzt.
- **"Osterunruhen"**: Die Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer im ganzen Bundesgebiet und darüber hinaus. Der Gedanke **"gestern Benno, heute Rudi, morgen wir"** drängt sich auf in der Studentenschaft. Umgehend gehen Tausende auf die Straßen und sind sich einig: Schuld ist der Springer-Verlag mit seinen volksverhetzenden Presseerzeugnissen, die "Störenfriede ausmerzen", Politgammer, FU-Chinesen, die "rote SA" geortet haben und zum Abschuss freigeben will. "Stoppt den Terror der Jungroten!"
- Noch am gleichen Abend wird das Verlagsgebäude in Berlin umzingelt, am Tag darauf auch in Hamburg und in 25 anderen Städten, in denen es Filialen gibt. **"Springer enteignen!"** wird zur

Parole, die Auslieferung der Tageszeitungen durch Barrikaden zu verhindern versucht.

Ein **Agent Provocateur** des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz verteilt "Molotow-Cocktails", eine Fahrzeughalle gerät in Brand, Fensterscheiben gehen zu Bruch. Studenten und Polizei stehen sich ein weiteres Mal gegenüber, auf beiden Seiten gibt es Verletzte. Im ganzen Land sind um 20.000 Polizisten daran beteiligt, die Unruhen niederzuschlagen **mit Knüppeln und Wasserwerfern**, es kommt zu heftigen **Straßenschlachten** und zahlreichen Festnahmen. Die Unruhen ziehen sich in vielen Orten über mehrere Tage hin, es gibt Solidaritätsdemonstrationen vor deutschen Botschaften oder Springerbüros in Washington, New York, Toronto, London, Amsterdam, Brüssel, Paris, Mailand, Rom, Tel Aviv, Belgrad, Prag, Wien und in Oslo.

- Diese Tage tragen neben dem Anschlag ultimativ dazu bei, einen erheblichen Teil der bisher eher friedlichen Studenten und Studentinnen zu radikalisieren.
- Rektor der **Berliner TU öffnet Haus für Protestaktionen**, die WRK Godesberg billigt sein Verhalten, das von anderen Seiten kritisiert wird. Nur eine winzige Gruppe der Studentenschaft sei "sozialrevolutionär".
- DAG erklärt sich solidarisch mit **Begehren nach Hochschulreform**.
- Dem Satzungsgebenden **Konzil in Göttingen** sollen **künftig Studenten und Assistenten** angehören.
- Bundestagssondersitzung: Innenminister Benda bezeichnet **SDS** als **verfassungsfeindliche Organisation**, die durch den Verfassungsschutz überwacht werden muss.
- Teilerfolg der Unruhen: Bund fordert von den Ländern baldige Verwirklichung der Hochschulreform, Regierung behält sich sonst Kompetenzerweiterung vor.
 - Im **Mai 1968** ist **Paris** Mittelpunkt der französischen Studentenbewegung, die sich auf mehrere andere Städten ausweitet. Polizei setzt Kampfgas ein, Studenten errichten Barrikaden. Hunderte Verletzte auf beiden Seiten, Schließung von Fakultäten nach Demos gegen Hochschulpolitik (Nanterre). Einer der Sprecher der Bewegung ist „Dany le Rouge“, **Daniel Cohn-Bendit**. Forderungen gelten den Verbesserungen der Studienbedingungen im veralteten und erstarrten Bildungssystem, den politischen Themen Arbeitslosigkeit, Konsumgesellschaft (Kapitalismus), Friedensbewegung (Vietnam) und der Demokratisierung der Gesellschaft – gegen die konservative Politik des Präsidenten **Charles de Gaulle** und seines Premier Georges **Pompidou**.

Hundertschaften gewaltbereiter Polizisten führen gegen Studenten überzogene Maßnahmen durch, woraufhin einige Tausend Demonstranten sich mehrfach **Straßenschlachten** mit überforderter Polizei liefern. Pompidou sagt die Erfüllung einiger studentischer Forderungen zu.

Die **Arbeiterbewegung solidarisiert sich** mit den Studenten. Am 13.5. beginnt ein Generalstreik, Studenten und Arbeiter fordern nun Rücktritt der Regierung, besetzen die Sorbonne, Arbeiter die Fabriken, Schüler die Schulen. Betroffen sind auch Rundfunk- und Presseeinrichtungen, De Gaulle bricht einen Staatsbesuch ab.

Daniel Cohn-Bendit spricht im Auditorium maximum der Berliner FU über die Pariser Aktionen. Das französische Innenministerium untersagt ihm als unerwünschtem Ausländer die Wiedereinreise, er gelangt illegal über Umwege wieder nach Paris.

De Gaulle kündigt erst Volksbefragung zu Reformfragen an, kurz darauf jedoch den Rücktritt der Nationalversammlung und **Neuwahlen im Juni**. Ende Mai dann Kabinetts-umbildung, am 12.6. **Demonstrationsverbot** im ganzen Land, kurz darauf Räumung der Sorbonne. Wahlen am 30. Juni enden mit dem Sieg De Gaulles.

Neue Unruhen im Juli am Nationalfeiertag. Vorläufiger Erfolg: Erziehungsminister kündigt Ende Juli eine Demokratisierung der französischen Universitäten an, **Regierung will Rahmengesetz vorlegen**, das **Beteiligung von Studenten** an Hochschulentscheidungen ermöglichen soll.

- 11. Mai: **Sternmarsch** nach Bonn unter Beteiligung von 60.000 Demonstranten gegen die geplanten **Notstandsgesetze** und damit einhergehenden Grundgesetzänderungen. Sie enthalten Einschränkungen von Grundrechten, kämen nicht nur in Notstandslagen zum Tragen und könnten sich auch gegen Widerstandsaktionen des Volkes (u.a. der Studenten) richten. Mancher sieht darin eine Parallele zum **Ermächtigungsgesetz** von 1933.
- 15. Mai: am Tag der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag rufen die Studentenvertretungen der Berliner Universitäten zu einem Streiktag auf.
- 30. Mai: Die **Abstimmung** der großen Koalition über die Vorlage endet mit 384 Ja- und 100 Neinstimmen. An fast allen Unis im Land fanden schon Tage vorher Vorlesungsstreiks statt, 40 000 Anhänger der APO rufen **“Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!”** auf Demonstration in Bonn. An 25 Universitäten kommt es zu Protestkundgebungen und Institutsbesetzungen, an der FU ist das Germanistische Seminar mehrere Tage besetzt.
- Unter dem Eindruck der bisherigen Ereignisse arbeiten Hochschulen nun an neuen Satzungen, Kultusministerien an neuen Hochschulgesetzen.
- Das Berliner Otto-Suhr-Institut, Teil der FU, gibt Reform bekannt, die **Drittelparität** soll eingeführt werden. Senat der Uni und Senat Berlins haben unentschlossene Haltung dazu. Vollversammlung verabschiedet im Juni mit großer Mehrheit die Satzung, das bisherige **Ordinariatsprinzip wird abgeschafft**. Senat der FU lehnt diese Satzung kurz darauf ab, woraufhin Professoren ihre Ämter niederlegen.
- Auf Hochschulgespräch der **Korporierten in Coburg** werden Forderungen der linken Kommissionen zur Hochschulreform unterstützt, während in Marburg das **“Marburger Manifest”** gegen solche Reformen von konservativen Professoren unterzeichnet wird. Soziologe Matthes aus Münster zieht später seine Unterschrift zurück.
- Minister Stoltenberg sieht in **überfüllten Hochschulen** einen der Gründe für die Unruhen und fordert die Länder zu mehr Investitionen in den Ausbau auf.
- In der Bundesrepublik streiken die Studenten an fast allen **Ingenieurschulen** und erhalten Unterstützung der Gewerkschaften.
 - Staatspräsident **Tito** in Jugoslawien kündigt in Fernsehansprache volle **Unterstützung der studentischen Forderungen** an und verspricht baldige Maßnahmen, woraufhin ein Universitätsstreik beendet wird.
 - Blutige Studentenunruhen in **Montevideo**, Präsident verhängt Ausnahmezustand.
 - Straßenschlacht in **Rio de Janeiro**, Brasilien, 6 Studenten kommen dabei ums Leben.
 - **Santo Domingo**: Schlacht zwischen linken und rechten Studenten, 3 Todesfälle.
- Bundeskanzler **Kiesinger warnt** vor “verhängnisvollen Lehren” von Marx und Einführung einer Räterepublik, die zum Chaos führen würde.
- An verschiedenen Universitäten demonstrieren Studenten oder besetzen Hochschulgebäude mit Forderungen nach neuen Satzungen bzw. Ablehnung von Satzungen, die das bisherige **Ordinarienprinzip** fortsetzen wollen. Marburg wählt neuen Rektor entgegen dem anstehenden Hessischen Hochschulgesetz, das jeweils 20% Assistenten und Studenten zulassen will, Proteste folgen. An anderen Hochschulen werden solche Wahlen durch Studentenaktionen verhindert.

- In allen Bundesländern wird an neuen Hochschulgesetzen gearbeitet, die teilweise sehr voneinander abweichen. Professoren in Frankfurt, u.a. **Habermas**, legen eigenen Entwurf eines Hessischen Hochschulgesetzes vor, das den Forderungen nach mehr Demokratie gerecht werden will. Auch jede Hochschule hat das Recht, eigene Satzungen zu verabschieden, die sich darum voneinander unterscheiden.
- Der „**Prager Frühling**“ wird beendet: In der Nacht zum 20. August dringen **Truppen und Panzer des Warschauer Paktes** ein in das Gebiet der Tschechoslowakai zur gewaltsamen Niederschlagung des Reformexperiments der Regierung unter Alexander Dubček. Breschnew soll versucht haben, es zu verhindern, treibend sollen Warschau und Ostberlin gewesen sein aus Furcht vor Übergreifen in ihre Länder. Die Bevölkerung ist überrascht, antwortet auf die Übermacht der Truppen – Schätzungen gehen bis zu 500.000 Mann – mit sehr besonnenem Verhalten. Erst als die Eindringlinge den Radiosender besetzen wollen, kommt es zu Kämpfen und 30 Toten sowie etwa 300 Verletzten. Die tschechische KP verlangt den Abzug der Invasoren, fährt nach Moskau zu Verhandlungen, führt die Pressezensur wieder ein. Ein sowjetisches Truppenkontingent wird vorübergehend stationiert, soll die Souveränität des Landes jedoch nicht beeinträchtigen. Die Nationalversammlung stimmt dafür, dass die **ČSSR künftig ein Bundesland** sein wird.
- Die Sommer-Olympiade findet diesmal in Mexiko City statt, erstmals entzündet eine Frau, eine junge mexikanische Studentin, die olympische Flamme. Alle Länder nehmen teil.
- Dem Sommer 1968 wird die **Entstehung der neuen Frauenbewegung** zugeschrieben. Studentinnen der FU und der Deutschen Film- und Fernsehakademie gründen den "**Aktionsrat zur Befreiung der Frauen**". Das Verhältnis zwischen Studentinnen und Studenten an den Hochschulen wird beleuchtet, der Mangel an Gleichberechtigung festgestellt. Eine zornige FU-Studentin wirft im September während der Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt einem Vorstandsmitglied aus Protest gegen die "**männliche Ignoranz**" eine Tomate an den Kopf. Es wird die **Emanzipation** von der herkömmlichen Rollenverteilung auch innerhalb des SDS gefordert – von den Kommilitonen gern als unbedeutender **Nebenwiderspruch** abgetan.
- Die Studentinnen verstehen, dass sie ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen müssen. An zahlreichen Hochschulen der Bundesrepublik entstehen nun unabhängige studentische Frauengruppen, sogenannte "**Weiberräte**", die schnell Zulauf bekommen und auch außerhalb der Unis Frauen ansprechen, die beginnen, sich mit der Geschlechterrollenproblematik an Unis und in der Gesellschaft zu befassen. Eine neue Bewegung, die sich ebenfalls zeitgleich in den meisten westlichen Ländern entwickelt und schnell ausbreitet.
- 7. November: **Beate Klarsfeld**, deutsche Ehefrau des französischen, dem Holocaust entkommenen jüdischen Anwalts, Historikers, Holocaustforschers und Nazi-Jägers Serge Klarsfeld, **ohrfeigt** auf einer Veranstaltung in der Berliner Kongresshalle **Bundeskanzler Kiesinger** mit dem Ruf „Nazi, Nazi, Nazi!“. Eine Verurteilung zu 1 Jahr Gefängnis wird wegen ihrer französischen Staatsangehörigkeit wieder aufgehoben, ihr Verteidiger ist Horst Mahler. Der Schriftsteller und spätere Literaturnobelpreisträger **Heinrich Böll** schickt als Anerkennung rote Rosen nach Paris.
- US-Präsidentschaftswahlen enden mit Sieg der Republikaner, Richard Nixon wird Präsident.
- Das Raumschiff Apollo VIII bringt erstmals Menschen in eine Umlaufbahn um den Mond.
- Dezember: Wegen der Unruhen keine Feier zum 20. Jahrestag der FU-Gründung.
- In der Bundesrepublik gründen sich zahlreiche **AGs von Kriegsdienstverweigerern**.

Folgen der Ereignisse 1967/68 und Unruhen zu neuen Themen

1969

- Studentenunruhen in Spanien werden erstmals seit 1939 beantwortet mit einem dreimonatigen **Ausnahmezustand**.
- Erstmals ernennt die Bundesrepublik eine **Frau zur Botschafterin**. Elinor von Puttkamer soll die Deutsche Vertretung im Europarat übernehmen.
- Rechtsanwälte der vier inhaftierten **Kaufhaus-Brandstifter** (2.4.68) legen Revision ein, Vollzug wird unter Auflagen ausgesetzt. Als die Revision verworfen wird, tauchen drei von ihnen unter, einer tritt die Haftstrafe an, ein weiterer stellt sich später. **Baader und Ensslin** weiter auf der Flucht, zeitweise in Paris.
- Juli: **Gustav Heinemann** als neuer **Bundespräsident** in seiner Antrittsrede: „Wir stehen erst am Anfang der ersten wirklich freiheitlichen Periode unserer Geschichte. Freiheitliche Demokratie muss endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden. [...] **Nicht weniger, sondern mehr Demokratie – das ist die Forderung**, das ist das große Ziel, dem wir uns alle und zumal die Jugend zu verschreiben haben.“
- Frankreich: Staatspräsident **de Gaulle tritt zurück**, nachdem die Bevölkerung in einem Referendum gegen ihn gestimmt hat. Es ging u.a. um den Grundsatz der **Mitwirkung** auf den vier Ebenen Nation, Region, Unternehmen und Universitäten. In den Hochschulen ist die Mitwirkung zu großen Teilen bereits verwirklicht. Neuer Präsident wird **Georges Pompidou**.
- Juli: In Berlin tritt als Folge der langen Auseinandersetzungen das "**Gesetz über die Universitäten des Landes Berlin**" in Kraft. AStA und Studentenparlament werden zunächst abgeschafft, Professoren verlieren (bis 1978) die absolute Mehrheit in den Universitätsgremien, "Mittelbau" und Studenten werden an Mitbestimmung beteiligt. Die Leitung der Universitäten übernehmen an Stelle der Ordinarien nun gewählte Präsidenten; bisherige Fakultäten werden in Fachbereiche und Zentralinstitute aufgeteilt.
- **Erste Mondlandung** mit menschlicher Besatzung. Die Astronauten Armstrong und Aldrin betreten am 21. Juli als erste Menschen den Erdtrabanten. Kurz vorher im Mai ist es der Sowjetunion gelungen, zwei **Sonden auf der Venus** landen zu lassen und zahlreiche Daten von dort zu empfangen.
- September: Die **Bundestagswahl** wird von der SPD gewonnen, **Willy Brandt** ist der neue Kanzler und koalitiert mit der FDP. In der Regierungserklärung am 28. Oktober, auch an die westdeutsche Jugend gerichtet, verspricht er, **mehr Demokratie wagen** und mit einer Politik der inneren Reformen beginnen zu wollen.
- Im Verlag "Der Spiegel" fordern Redakteure eine Demokratisierung der Redaktion.
- Ein Schwerpunkt der sozialliberalen Koalition ab 1969 liegt in der **Bildungspolitik** mit dem Ziel, auch bisher benachteiligten Bevölkerungsschichten bessere Bildung zu ermöglichen. Geplant ist mehr **Chancengleichheit** beim Hochschulzugang durch Schaffung eines zweiten Bildungsweges. Konservative Kritiker werfen den Reformern vor, die Bildungsexpansion auf Kosten der Leistungen voranzutreiben (Bildungsinflation).
- Eine **neue Ostpolitik** unter dem Motto "**Wandel durch Annäherung**" bzw. "Politik der kleinen Schritte" soll den Kalten Krieg abmildern helfen.
- November: Der erste FU-Präsident (statt vormals Ordinarius) setzt sich für das **Konzept der "Gruppenuniversität"** ein, die die Mitbestimmungsrechte für Studenten, Mittelbau und andere Universitätsangestellte stärken soll.

- Vietnam: US-Präsident Nixon zieht US-Truppen schrittweise aus Südvietnam ab, weitet den Krieg aber zugleich auf Kambodscha aus.

1970

- Der **Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS)** verkündet seine **Selbstauflösung** am 21. März 1970. Schon länger sind unter seinem Dach sehr unterschiedlich ausgerichtete Gruppen aktiv, die eine einheitliche politische Tätigkeit erschweren oder behindern. An nahezu allen Hochschulstandorten festigen sich untereinander teilweise verfeindete K-Gruppen (K=Kader), ML-Gruppen (marxistisch-leninistisch), linkssozialistische, antiautoritäre, anarchistische, radikale und weitere Gruppen, die sich zunehmend voneinander abgrenzen oder gegenseitig radikalisieren. Die **Beobachtung durch den Verfassungsschutz**, vom Innenministerium bestätigt, trägt zu Verunsicherungen bei. Sie alle eint zwar der Glaube an eine bessere, antikapitalistische Gesellschaft, die es anzustreben oder zu erkämpfen gilt, doch zur Frage nach deren Aussehen und dem geeigneten Weg dorthin gibt es erbitterte Auseinandersetzungen oder gar keinen gemeinsamen Nenner.
- Der fehlende Zusammenhalt wird die Kraft der Proteste der Vorjahre schwächen und zersetzen. Hinzu kommen unzählige Anzeigen und anstehende Prozesse gegen Teilnehmer von Aktionen oder ungenehmigten Demonstrationen, deren Personalien polizeilich erfasst sind.
- Die flüchtigen Kaufhausbrandstifter **Andreas Baader** und **Gudrun Ensslin** sind im Februar in Berlin. Baader kommt in Kontakt mit dem V-Mann, der 1968 auf der Anti-Springer-Aktion Molotow-Cocktails verteilt hat, und erhält eine Waffe. Er wird von ihm anschließend gemeldet und von der Polizei festgenommen, jedoch - u.a. unter Mitwirkung der Journalistin **Ulrike Meinhof** und des in der linken Szene geschätzten Anwalts **Horst Mahler** - am 14. Mai mit Waffengewalt durch Dritte befreit. Zwei Personen werden schwer verletzt.
- Mit dieser Aktion kommt der Begriff **Terrorismus** ins Spiel, der von Politik und Medien nun regelmäßig verwendet und eine neue Qualität der Verfolgung in Gang setzt, aber auch ein gesteigertes Maß an **Misstrauen gegenüber linken Studenten** und Andersdenkenden erzeugen (vor allem aus der Perspektive der CDU/CSU-Opposition) und in der Diskussion letztlich für längere Zeit die Gesellschaft spalten wird.
Nicht wenige Beobachter, unter ihnen prominente Intellektuelle, sehen Zusammenhänge mit den Ereignissen der vergangenen Jahre und vertreten die Ansicht, der Staat habe durch überzogene Maßnahmen junge Menschen wegen ihrer oppositionellen Meinungen **in die Kriminalität getrieben**, anstatt sich ernsthaft mit den Anliegen der jüngeren Generation auseinanderzusetzen und zur Deeskalation beizutragen.
- Die Flüchtigen, anfangs als **Baader-Meinhof-Gruppe** oder **-Bande** bezeichnet, setzen sich ab, gehen in den Untergrund, in die Illegalität, und treffen die Entscheidung, gegen den Staat den bewaffneten Kampf aufzunehmen, eine "Armee" zu gründen: Geburtsstunde der **Rote Armee Fraktion (RAF)**, wie sich die Gruppe ab 1971 selbst nennen wird. Zuvor schon radikalisierte weitere Gruppen schließen sich an, eine bundesweite Fahndung geht bald von über 50 Mitgliedern aus. Mehr als 20 von ihnen lassen sich in einem jordanischen **Fatah**-Camp militärisch ausbilden. Für weitere Aktionen wird ein Konzept der **Stadtguerilla** nach latein- und südamerikanischen Vorbildern entwickelt. Theorie- und Praxisanleitungen aus Aufsätzen von Mao Tse Tung sollen theoretischer Unterbau sein, wobei die gänzlich unterschiedlichen Rahmenbedingungen offenbar unberücksichtigt bleiben.

- Im März trifft Bundeskanzler Brandt den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph. Erstes offizielles Gespräch mit einem Politiker der DDR bringt den **“Wandel durch Annäherung”** voran. Der Kontakt wird u.a. die Grenze zur DDR durchlässiger machen, Besuchsrechte und weitere Gesprächskontakte auf verschiedenen Ebenen ermöglichen.
- Durch das **Straffreiheitsgesetz** vom 20. Mai 1970, von der SPD vor der Wahl versprochene Amnestie für Personen, die für „Demonstrationsdelikte“ mit bis zu neun Monaten Haft zu rechnen haben, werden rund **5000 Strafverfahren eingestellt**. Vor allem ehemalige SDS- und APO-Demonstranten profitieren davon.
- Im August unterzeichnet Willy Brandt den **Moskauer Vertrag** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, Basis für die neue Entspannungspolitik. Zur Beschwichtigung der Opposition und zugleich den USA wird ein **Abgrenzungsbeschluss gegen jede Zusammenarbeit mit Kommunisten** verabschiedet.
- Aus den Reformbemühungen im Bildungsbereich gehen der **Strukturplan für das deutsche Bildungs- und Erziehungswesen** und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsfragen hervor. Die Einführung von **Gesamtschulen** in Schulversuchen entsteht u.a. aus dem Wunsch, Kindern mit langsameren Reifungsprozessen oder aus bildungsferneren Familien bessere Anschlussmöglichkeiten zu verschaffen.
- Die Zahl der Studenten der Erziehungswissenschaft an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen steigt an, neue Phs werden gegründet. Berechnungen sagen aus, dass in den kommenden Jahren **zehntausende weiterer Lehrerinnen und Lehrer** gebraucht werden, da die geburtenstarken Jahrgänge nun in die Schulen strömen .

1971

- Aus einem Bericht über die Tätigkeit links- und rechtsradikaler Gruppen im April geht hervor, dass der Bundesregierung rund 250 **linksradikale Gruppen** im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin mit etwa 84 300 Mitgliedern bekannt sind. Nach diesem Bericht gehören rund 81 000 Mitglieder 130 orthodox-kommunistischen Gruppen (DKP-nahe) an.
- In diesem Jahr erscheinen 420 **linksradikale Blätter** mit einer Auflage von insges. rund 2 Millionen Exemplaren, die orthodox-kommunistischen Gruppen sollen über ca. 320 Blätter mit einer Gesamtauflage von rund 1 650 000 Exemplaren verfügen.
- Mit Einführung des **Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BaFöG)** wird erstmals für Studenten aus einkommensschwachen Familien ein Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung festgelegt. Der **zweite Bildungsweg** (Abendschulen, Immaturrenprüfungen u.a.) ermöglicht Zugang zu Hochschulen für Erwachsene, die kein klassisches Gymnasium besuchen konnten.
- Leistungsverbesserungen bei den Sozialversicherungen sowie gesteigerte Ausgaben für Bildung führen zur hohen **Belastung des Bundeshaushalts**, weshalb Finanzminister Möller seinen Rücktritt einreicht, desgleichen sein Nachfolger Schiller im Jahr darauf.
- September: **Berlinabkommen** (Viermächteabkommen). Botschafter der Westmächte und der Sowjetunion unterzeichnen Abkommen über Rechtsstatus der Stadt, Verantwortlichkeit und Rechte der vier Mächte in Berlin vertretenen Mächte. **Westberlin** ist ausdrücklich **kein Teil der Bundesrepublik**. Sowjetunion verpflichtet sich zur Erleichterung des Transitverkehrs. Einzelheiten sollen die deutschen Behörden miteinander klären. Ostberlin und Bonn schließen im Dezember ein **Transitabkommen** zwischen Westdeutschland und Westberlin und zwischen beiden Teilen der Stadt.

1972

- Westdeutschland kämpft mit einem Konjunkturabschwung, bedingt durch Konkurrenzdruck.
- Januar: Regierung beschließt den „**Radikalenerlass**“, nach dem in ein Beamtenverhältnis nur berufen werden darf, wer die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten. Spätestens seit Rudi Dutschkes Idee vom „langen Marsch durch die Institutionen“ und dem Zerfall des SDS in Gruppen, von denen einige kommunistisch oder maoistisch ausgerichtet sind, wird die Gefahr einer **Unterwanderung des öffentlichen Dienstes durch Extremisten** beschworen, insbesondere durch die CDU und CSU. Die SPD fürchtet sogar, selbst unterwandert zu werden und bringt das **Prinzip der „wehrhaften Demokratie“** ins Gespräch. Der Beschluss wird gemeinsam verabschiedet. Gegner sprechen von **Berufsverboten**, weil zahlreiche Berufe nur im öffentlichen Dienst ausgeübt werden können und z.B. viele angehende Lehramtsanwärter als Studenten betroffen sind, von denen sich eine hohe Zahl in unterschiedlichen linken, politischen Gruppen engagiert und nun Repressalien nach dem Studium befürchten muss. Bis 1985 werden bis 3,5 Millionen **Regelanfragen beim Verfassungsschutz** vor Einstellungen gestellt - mit der Folge von zahlreichen Ablehnungen, Disziplinarverfahren oder Entlassungen. Das Verfahren gilt als **Gesinnungsschnüffelei**.
- Der „Radikalenerlass“ wird von vielen Seiten scharf kritisiert, auch aus dem befreundeten Ausland wie u.a. Frankreich. Brandt selbst wird ihn Jahre später als **schweren Fehler** bezeichnen.
Auch andere Themen führen zu starker Kritik am Kanzler, gegen den schließlich im April ein konstruktives **Misstrauensvotum** erhoben wird mit Ruf nach Neuwahlen.
- **RAF** führt „Mai-Offensive“ durch, es gibt eine Serie von **Anschlägen mit Bombeneinsatz**, Toten – darunter drei US-Soldaten – und zahlreichen Verletzten. Verstärkte Fahndungen des Bundeskriminalamts führen bis Ende Juni zu **Festnahmen** der vermuteten Führungsriege der **ersten RAF-Generation**. Als einer von ihnen, Holger Meins, 1974 infolge eines Hungerstreiks stirbt, zeigen Ansammlungen von Tausenden Menschen den hohen Grad an Anteilnahme und Sympathie aus einem – überwiegend linksintellektuellen – Teil der Bevölkerung. Dies erklärt die hohe Zahl an Unterstützungswilligen. Ein Umstand, der in den folgenden Jahren bis 1977 anhalten und deutlich machen wird, wie sehr die Auffassungen von Volksvertretern bzw. staatlichen Organen und Teilen des Volkes selbst über Gründe und Ursachen der Geschehnisse voneinander abweichen.
- Die Bundesrepublik richtet vom 26. August bis zum 11. September dieses aufwühlenden Jahres die **Olympischen Sommerspiele 1972** an den Standorten München und Kiel-Schilksee (Segelregatten) aus, die in einem Desaster enden. Die Organisation „**Schwarzer September**“, Teil der Palästinensischen Befreiungsorganisation (**PLO**), will die Olympischen Spiele nutzen, um die Weltöffentlichkeit auf die Lage der Palästinenser aufmerksam zu machen und die Freilassung für in Israel inhaftierte Palästinenser zu erpressen. Im olympischen Dorf München gelingt es ihnen am Morgen des 5. September, die teilnehmende **israelische Mannschaft** nach Erschießung des Trainers als **Geiseln** zu nehmen und freies Geleit sowie ein bereitstehendes Flugzeug zu fordern. Nach misslungenem Befreiungsversuch durch Polizei und Scharfschützen auf dem Flughafen **Fürstenfeldbruck** endet der Tag mit dem Tod von 11 Israelis und fünf der acht Geiselnnehmer neben einigen Schwerverletzten. Die israelische Segelmannschaft in Kiel, wo Sicherheitskräfte seit dem frühen Morgen das Olympiagelände überwachen, bleibt verschont.
- Ein deutscher **Neonazi** hat zuvor für die palästinensische Gruppe die Waffen organisiert und

- soll enge Kontakte zur “Nationalsozialistischen Kampfgruppe Großdeutschland” haben – eine weitere Facette des Terrorismus, mit der sich die Verantwortlichen auseinandersetzen müssen und die vermutlich zu deren Überforderung beiträgt. Deutschland im Terrormodus.
- Das traurige Ereignis motiviert viele junge Menschen aus der Bundesrepublik, einige Zeit in Israel in Kibbuzim zu verbringen und z.B. Mitarbeit in der Landwirtschaft zu leisten.
 - **Vorgezogene Neuwahlen** finden im November statt, bei der höchsten Wahlbeteiligung (91 %) aller Bundestagswahlen. Die FDP gewinnt hinzu, die SPD wird mit 45,8 % der Stimmen stärkste Bundestagsfraktion und Willy **Brandt bleibt Bundeskanzler**. Entspannungs- und Reformpolitik bleiben damit mehrheitsfähig.
 - Dezember: Annemarie Renger wird als erste Frau **Präsidentin** des Deutschen Bundestags.
 - **Grundlagenvertrag**: Der “Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik” wird unterzeichnet. Er soll nach Artikel 1 den gutnachbarlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten dienen.
 - Förderung der Chancengleichheit, BaFöG und Werbung um Lehramtsinteressierte tragen zu einem sprunghaften **Anstieg** an immatrikulierten Studenten bei, von **478.356** in 1971/72 auf **658.204** im WS 1972/73.
 - In einigen Städten engagieren sich Studentengruppen beim Aufbau von **Jugend- und Schülerzentren**, kümmern sich um Anliegen der Jugendlichen, beraten sie, bieten jungen Menschen aus zerrütteten Familien auch mal Unterkunft in Studenten-WGs an.

1973

- **Vietnamkrieg**: USA einigen sich auf **Waffenstillstand mit Nordvietnam**. Bis Ende Mai ziehen alle US-Truppen ab, Nordvietnam entlässt alle amerikanischen Kriegsgefangenen. Hồ Chi Minh, inzwischen verstorben, wurde durch seinen erfolgreichen Widerstand gegen die US-Invasion für viele Studenten und Jugendliche der westlichen Industrieländer zu Symbolfigur und revolutionärem Vorbild.
- Mai: **Breschnew besucht Bonn**, Zeichen für gute Beziehung zur UDSSR, die nach Verabschiedung der Ostverträge vorherrschen. Es geht um wirtschaftliche Zusammenarbeit, eine Verbindung von industriellen Kapazitäten und Rohstoffquellen mit europäischer Technologie. Kommuniké ist Abhängig von Breschnews Einlenken in der Berlinfrage: strikte Einhaltung des **Berlinabkommens** ist Voraussetzung für Dauerhafte Entspannung.
- **Ölpreiskrise** (Ölpreisschock): Der Israelisch-arabische Jom-Kippur-Krieg wirkt sich gravierend auf Ölpreise und Ölexporte in westliche Länder aus, die Organisation der arabischen Erdöl exportierenden Staaten (OAPEC) drosselt die Fördermengen, um die westlichen Länder wegen ihrer Unterstützung Israels unter Druck zu setzen. Folgen sind steigende Preise, die 1974 ihren Höhepunkt erreichen, eine **beginnenden Rezession** und Zusammenbruch des Bretton-Woods-Währungssystems. In Deutschland gibt es Sonntagsfahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen, die der Bevölkerung den Ernst der Lage deutlich machen sollen. Das Ereignis gilt fortan als Zäsur, die Zeit des **Wirtschaftswunders ist beendet**, den Industrieländern wird bewusst, wie groß die **Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen** ist. Kampagnen setzen ein mit den Slogans “Energiesparen – unsere beste Energiequelle” und “Ich bin Energiesparer”.
- Geldmangel, **leere öffentliche Kassen** und spürbare Einsparungen sollen folgen. Die bereits vorhandene **Wirtschaftskrise** verstärkt sich, Kurzarbeit, **Arbeitslosigkeit**, Sozialausgaben und

Insolvenzen steigen an, der Reformeifer lässt nach. Konsolidierung und Nachbesserung erhalten nun Vorrang. Der Einschnitt betrifft an den Hochschulen gleichermaßen die Bildungs- und Wissenschaftspolitik; Erweiterungsbauten gibt es nur noch dort, wo Genehmigungen längst vorliegen.

- September: Blutiger **Militärputsch in Chile** gegen die Regierung des demokratisch gewählten Präsidenten **Allende** und sein linkes Bündnis. General **Pinochet** übernimmt die Macht und installiert eine **Militärdiktatur**. Unterstützung erhalten die Putschisten nachweislich aus den USA unter Beteiligung von **CIA** und Außenminister **Kissingers**, dem die Worte zugeschrieben werden: "Ich sehe nicht ein, weshalb wir zulassen sollen, dass ein Land marxistisch wird, nur weil die Bevölkerung unzurechnungsfähig ist." Chile wird erst 15 Jahre später wieder freie Wahlen haben.
Hunderte Anhänger Allendes kommen in diesen Tagen ums Leben, Tausende werden inhaftiert, in Geheimgefängnissen auch zu Tode gefoltert. Viele **Studenten** und andere junge Linke verlassen das Land, gehen ins Exil und finden Solidarität an europäischen Hochschulen, an denen manche ihr Studium fortsetzen können.

1974

- Schon 1971 haben die **"Roten Frauen"** an den Unis München, Berlin und Frankfurt die von Alice Schwarzer aus Frankreich nach Deutschland mitgebrachte Aktionsidee gegen den **§ 218** aufgegriffen und vorangebracht. Die Unterschriftenaktion "Wir haben abgetrieben", als Stern-Titel erschienen, versetzt konservative Bürger, Bürgerinnen und Gruppen in Aufruhr und führt zu intensiven Auseinandersetzungen über weibliches Selbstbestimmungsrecht.
- Die **neue Frauenbewegung** findet in diesen und folgenden Jahren auch Eingang in den Universitätsbetrieb in Form von Lehrveranstaltungen zu frauenspezifischen Themen, die Zahl der **Professorinnen und Dozentinnen** nimmt zu. Forschungsprojekte zu Frauenfragen von Antike bis Gegenwart beginnen, **Sommeruniversitäten**, Ringvorlesungen, Frauenvollversammlungen finden statt. Innerhalb studentischer Vertretungen treten eigenständige Frauengruppen auf.
- In den Städten bilden sich Gesprächsgruppen, die auch für Nichtstudentinnen offen sind. Neben anderen Diskussionsthemen geht es um **geschlechtsspezifische Sozialisationen** in der Gesellschaft und Folgen für Frauen. Folgen auch in Gesellschaftsschichten, die wenig Zugang zu Bildung haben, wo Frauen oft Gewalt, auch in Ehen, ausgesetzt sind, ohne über Mittel zum Ausweichen zu verfügen. Hierzu wird über konkrete Hilfsangebote von Frauen für Frauen nachgedacht. Es entstehen erste Initiativgruppen zur Gründung von **Frauenhäusern** als Zufluchtsorte.
Weitere Projekte sind der Aufbau von **autonomen Frauenzentren**, Kinderläden, Frauenbuchläden, -Bildungsstätten und themenorientierte Arbeits-/Selbsthilfegruppen. Oft werden die Aktivitäten auf ehrenamtlicher Basis eingebracht, doch es werden auch viele langfristige Arbeitsplätze geschaffen.
- Im Wintersemester 1974/75 werden **788.792** Studenten im Westdeutschland gezählt.
- Am 5. Mai gibt **Willy Brandt** seine Entscheidung bekannt, als **Bundeskanzler zurückzutreten**. Anlass ist die Enttarnung seines Bürochefs Günter Guillaume als DDR-Spion.
- Neuer Bundeskanzler wird **Helmut Schmidt**, der die Koalition mit der FDP fortsetzt.
 - US-Präsident Nixon stürzt über die **Watergate-Affäre** und tritt am 8. August zurück. Sein Nachfolger wird **Gerald Ford**.

Ab Mitte der 70er Jahre

- Die Politisierung der Studentenschaft setzt sich in linken, progressiven Gruppen fort, nimmt aber auch neue Formen an. Es gibt Schnittmengen zwischen alten und neuen Interessen. Die Erkenntnis, das vorhandene **System durch Konfrontation nicht verändern zu können**, führt bis in die 80er Jahre zu unterschiedlichen Konsequenzen:
 - Rückzüge mit Konzentration auf individuelle Bedürfnisse, Wunsch nach Harmonie, Ausgleich, Spiritualität, Suche nach Sinn. Basis für die neue **New-Age-Bewegung**. Östliche Philosophien haben Zulauf, Reisen nach Indien (Poona) oder Nepal finden statt. Eine Suche nach Erkenntnis und Erleuchtung...
 - Eine **Graswurzelbewegung** erprobt Veränderung von unten mit dem Ziel, eine **Gegen-gesellschaft** aufzubauen. Entstehung und Vernetzung von einzelnen Haushalten und Wohnprojekten auf dem Lande und in Städten mit einer Vielzahl neuer, **alternativer Betriebe** in Bereichen wie Handwerks- und Landwirtschaft, Kunsthandwerk, Herstellen von Nahrungsmitteln, Kleidung, mit eigenen Vertriebs- und Selbstversorgerstrukturen. Auch Arztkollektive bilden sich mit einem neuen Verständnis vom Arzt-Patienten-Verhältnis. Auf Grundlage erworbener theoretischer Erkenntnisse werden **neue Lebens-/ Kommunikationsformen** realisiert, intensiver Austausch betrieben. Ideen wie Gründung gemeinnütziger Genossenschaften oder GmbHs werden auf Realisierbarkeit überprüft.
 - **Alternative** Kindergärten und Schulen, **Bildungsstätten**, Tagungshäuser werden gegründet. **Zeitungskollektive** und Selbstverlage gründen eigene Tages-, Wochen-, Monatszeitungen mit dem Ziel, ausgewogenere Nachrichten zu bieten, Themenauswahl selbst zu bestimmen, anderen Journalismus zu etablieren, Bücher mit alternativen Themen herzustellen. Aus einer **Film- und Videobewegung** entstehen neue Filmformate, Programmkinos werden gegründet.
 - Zu wichtigen aktuellen Themen organisieren sich **Bürgerinitiativen**, um gemeinsam Mitspracherechte und politische Veränderungen zu fordern. Neue Gesprächs- und Aktionsgruppen wie **Anti-AKW-Gruppen, Friedensgruppen, Umweltgruppen**, 3. Welt-Gruppen usw. planen aufwendige Aktionen, um Mitbürger aufzuklären, politische Forderungen zu erheben, im Zweifelsfall heftige Auseinandersetzungen nicht zu scheuen.
 - Die antiautoritären, politischen, alternativen Protestbewegungen und Entwicklungen der vergangenen Jahre haben Auswirkungen auch auf die nichtstudentischen Jugendlichen in den Städten und ländlichen Regionen. Sie äußern sich in ganz neuen **Subkulturen**, es entsteht eine selbständige Jugendkultur, unpolitische **Underground**- und andere Teilkulturen **mit eigenen Normen und Werten**. Eine Große Rolle spielen jeweils eigene Musikrichtungen und Kleidung. Neue Ausdrucksform als Abkehr von der bürgerlichen/ erwachsenen Gesellschaft ist u.a. der Punk.

1975

- Die Herabsetzung des **Volljährigkeitsalters** von 21 auf 18 Jahre tritt in Kraft. Dies gilt auch für das aktive Wahlrecht; das passive wurde bereits 1970 auf 18 Jahre abgesenkt.
- Drei Tage vor der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses, am 27. Februar, bringen Mitglieder der RAF-nahen **Bewegung 2. Juni** den Spitzenkandidaten der CDU, **Peter Lorenz**, in ihre Gewalt und fordern Freilassungen von Inhaftierten. Lorenz kommt am 4. März frei nach Ausfliegen von fünf Personen in den Jemen, von denen vier zu den Terrorgruppen zurückkehren. Die Bundesregierung wird sich nicht noch einmal auf Verhandlungen einlassen.

- Die zweite RAF-Generation verlegt sich auf Versuche der **Gefangenenerbefreiung**, im April durch Geiselnahmen in der bundesdeutschen Botschaft in Stockholm, die nach versehentlicher Zündung eines Sprengsatzes im Chaos endet mit je zwei toten Geiseln und Terroristen. Zwei weitere werden verhaftet, das Gebäude steht in Brand.
 - Mit der Eroberung der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon durch nordvietnamesische Truppen **endet am 30. April der Vietnam-Krieg**, die Regierung in Südvietnam bricht zusammen. Im Jahr darauf wird Vietnam offiziell unter einer kommunistischen Regierung wiedervereinigt. Studentische Aktionen zu diesem Thema sind damit beendet. In der Folge flüchten tausende Südvietnamesen aus dem Land (**Boat-People**) aus Furcht vor Verfolgung oder Nichtbereitschaft, in einem kommunistischen Land zu leben. Auch in der Bundesrepublik werden Flüchtlinge aufgenommen, gründen neue Existenzen.
- An der Berliner FU gründet sich im Mai ein **„Aktionskomitee gegen Berufsverbote“**, aus dem sich Initiativgruppen in den Fachbereichen bilden und im November eine Demonstration mit 10.000 Teilnehmern hervorgeht.
- **Atomkraft? Nein danke!** Beim alten/neuen Atomthema, mit dem sich Studenten und andere Teile der Gesellschaft immer wieder kritisch auseinandersetzen, geht es jetzt um den Ausbau des Energiesektors durch **Atomkraftwerke**, die einerseits die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen mindern sollen, andererseits aus der Sicht kritischer Bürger ein nicht vertretbares Gefahrenrisiko darstellen. **Anti-AKW-Gruppen entstehen** im ganzen Land, in der Nähe geplanter oder im Bau befindlicher Anlagen formieren sich **Bürgerinitiativen**, eine bisher noch ungewöhnliche Organisationsform. Zu ihren Strategien gehören Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Info-Veranstaltungen über Schwachstellen und Folgen der Nukleartechnik; oft verfügen sie über detailreichere Sachkenntnis als Experten der Regierung oder der regionalen Energieversorger.
- In **Wyhl am Rhein** wird durch Winzer und Bauern ein **AKW-Bauplatz besetzt**, unterstützt von angereisten jungen Menschen, die den Platz dann über einen Zeitraum von neun Monaten nicht mehr verlassen, dort Veranstaltungen durchführen, von Anwohnern versorgt werden. Ein **Forum des Widerstands**, engagiert begleitet durch den Autor und Liedermacher Walter Mossmann. Die Beharrlichkeit führt zu einem **Baustopp** des vorgesehenen Reaktorblocks.
- Aktive **Umweltgruppen** sind alarmiert durch die neue Erkenntnis von Forschern, dass **Treibgas** in Sprühdosen den **Ozonmantel** der Erde zerstören. Eine weitere alarmierende Nachricht ist der Befund von Chemikern, dass das Schädlingsbekämpfungsmittel **DDT** in nahezu allen Proben von Muttermilch gefunden wird.
- Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen beginnt im Mai in **Stuttgart-Stammheim** der **Baader-Meinhof-Prozess**. Dafür wurde eine Strafvollzugsanstalt mit festungsmäßig ausgebautem Hochsicherheitstrakt errichtet. Die Anwälte der Angeklagten sind wegen Verdacht, die RAF unterstützt zu haben, vom Prozess ausgeschlossen. Es wird mit langer Prozessdauer gerechnet. Politisch bewusste Menschen und ein großer Teil der Studentenschaft im Land verfolgen den Prozess und seine Umstände mit Interesse und Skepsis.

1976

- **Ulrike Meinhof** wird am Morgen des 6. Mai tot in ihrer Gefängniszelle aufgefunden. Anhänger zweifeln den Freitod an. Vor dem Ereignis um die Baaderbefreiung in keiner Weise straffällig geworden, führten nicht mehr kontrollierbare Entwicklungen sie in eine Lebenskatastrophe. Es ist lohnenswert, erschienene Biografien über sie zu lesen.

- Zwei Deutsche sind beteiligt am **Geiseldrama in Entebbe**. Sie und weitere Entführer eines Flugzeugs halten die Geiseln eine Woche auf dem ugandischen Flughafen fest und fordern unter Androhung ihrer Erschießung die Freilassung von 53 Terroristen aus Gefängnissen in der Bundesrepublik, Schweiz, Frankreich, Israel und Kenia. Vor Ablauf des Ultimatums landen in einer Blitzaktion drei israelische Flugzeuge mit Soldaten und befreien die Geiseln, darunter viele Juden, in einer Blitzaktion, die jedoch 31 Menschenleben kostet, darunter 20 ugandische Soldaten, sowie die Zerstörung von ugandischen Militär- und Zivilmaschinen.
- Berlin: Nach Bekanntwerden der **Suspendierung** zweier Germanistikdozenten entscheidet eine Vollversammlung im Audimax mit 4000 Teilnehmern, einen **Streik an der FU** auszurufen. Kommilitonen der TU sowie weiterer Hochschulen und Fachhochschulen der Stadt solidarisieren sich. Schließlich kommt es im WS 76/77 zu einem monatelangen, solidarischen und **bundesweiten "Berufsverbotestreik"** (Vorlesungsstreik mit selbst organisierten Diskussions- und Aktionsveranstaltungen), dem auch manche Dozenten und Professoren zustimmen und wodurch die Problematik und die große Zahl potentiell Betroffener ins öffentliche Bewusstsein rückt. Hochschulverwaltungen und Politiker eint in Erinnerung an 1968 die Sorge um eine neue Studentenbewegung, diesmal getragen von eher unorganisierten Gruppen. In Berlin hat dies ein Einlenken zur Folge, die **Suspendierungen werden zurückgenommen**.
- **Bundestagswahl**: Am 3. Oktober bei wieder hoher Wahlbeteiligung gehen CDU/CSU mit 48,6% als stärkste Fraktion mit dem Slogan **"Freiheit statt Sozialismus"** aus der Wahl hervor, aber die bisherige Koalition SPD und FDP unter Helmut Schmidt kann sich mit geringem Vorsprung halten. SPD warb mit dem Wahlmotto **"Modell Deutschland – Freiheit, Sicherheit, soziale Demokratie"**.
- Am 30. Oktober ziehen tausende Menschen in einer **Großdemonstration** zur Baustelle des **AKW Brokdorf** an der Elbe, wo es zu heftigen Auseinandersetzungen mit großem Polizeiaufgebot kommt. Am 13. November wiederholt sich das Ereignis, diesmal reisen **25.000** Menschen aus allen Himmelsrichtungen an, die wegen Absperrungen stundenlange Fußmärsche bei sehr schlechtem Wetter und niedrigen Temperaturen in Kauf nehmen, um die schwer bewachte Baustelle zu erreichen. Auf der Elbe schwimmende Kleinboote und Fischkutter unterstützen die Demonstration, eine Gruppe von Pastoren hält zu Beginn gemeinsam einen Gottesdienst, viele Anwohner aus der Umgebung sind dabei, überwiegend Landwirte. Ein riesiges **Polizeiaufgebot** und Demonstranten in vorderen Reihen geraten aneinander, Wasserwerfer, Tränengas, Hubschrauber kommen zum Einsatz, auch gegen die mehrheitlich friedlichen Demonstranten. Auf beiden Seiten viele teils schwer Verletzte. Auch am Abend abziehende Demonstranten werden noch verfolgt und geschlagen. Brokdorf wird, was verhindert werden sollte: ein **Symbol des zivilen Widerstands**. (Aber das AKW wird gebaut und genutzt und erst 2021 abgeschaltet.)
- Am selben Abend tritt Wolf Biermann in der Kölner Sporthalle auf und wird in Abwesenheit aus der DDR ausgebürgert. Seine Lieder sind in linken Kreisen bekannt und geschätzt.
- Nach sechsjähriger Debatte wird erstmals ein **bundesweites Hochschulrahmengesetz** verabschiedet.
- Bei den Wahlen in den USA wird **Jimmy Carter** zum neuen Präsidenten gewählt.

1977

- Die **Charta '77** wird in Prag veröffentlicht. Mit dem Dokument soll die Regierung der ČSSR auf die Einhaltung der mitunterzeichneten KSZE-Schlussakte und den darin enthaltenen

Menschenrechten festgelegt werden. Beteiligt sind Politiker des Prager Frühlings und Prominente wie Vaclav Havel, Jan Patočka, Pavel Kohut und über 250 weitere Personen. Viele werden nach der Veröffentlichung verhaftet

- März: Zu schweren Ausschreitungen kommt es an der Baustelle des **AKW bei Grohnde**, wo sich 12.000 Demonstranten und 5.000 Polizisten gegenüberstehen. Über 300 Menschen werden verletzt.
- **Deutscher Herbst**. Die nächste RAF-Generation plant eine Anschlagsserie, die zu Ermordungen mehrerer ausgewählter Personen führt: am 7. April werden Generalbundesanwalt Siegfried Buback und zwei Begleitpersonen erschossen, am 30. Juli Jürgen Ponto, Vorstandssprecher der Dresdner Bank. Ein Anschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe scheitert am 25. August. Am 5. September folgt die Entführung **Hanns Martin Schleyers**, Präsident des Bundesverbandes der Arbeitgeber, dabei werden vier Personen erschossen. Schleyer bleibt bis Oktober gefangen, für seine Freilassung wird die Freilassung der in Stammheim inhaftierten ersten Generation gefordert. Weil die Bundesregierung sich nicht darauf einlässt, folgt die Entführung der Lufthansamaschine **“Landshut”** durch ein Kommando der mit der RAF kooperierenden palästinensischen Volksfront zur Befreiung Palästinas. Das Flugzeug mit 91 Menschen an Bord landet schließlich in **Mogadischu**, Somalia. Der Flugkapitän wird zuvor bei einem Zwischenstop erschossen, Angehörige der GSG 9 beenden am 18. Oktober die Geiselnahme und töten drei der vier Entführer. Am gleichen Tag wird auch Hanns Martin Schleyer erschossen. In Stammheim begehen in der Nacht die inhaftierten RAF-Mitglieder kollektiven Selbstmord.
- Reaktionen sind und waren auch zuvor Ausweitung von **Zivildienst**, **Durchsuchungen** von Privatwohnungen, verdächtigen Studenten-WGs. Verkehrskontrollen gegen vermeintlich verdächtige Personen finden statt durch Polizisten mit Maschinengewehren im Anschlag.
- In **Spanien** finden nach 41 Jahren die ersten freien Wahlen statt. Viele Aktionen an Hochschulen wurden im Laufe der letzten Jahre während der **Franco-Diktatur** durchgeführt und oft gewaltsam niedergeschlagen. Neuer Präsident ist Adolfo Suarez **Gonzales**.
- Schriftsteller **Günter Walraff** stellt sein Buch **“Der Aufmacher”** vor, eine Reportage über die Praktiken der Bild-Zeitung.

1978

- **Wehrdienstnovelle** verworfen. Ein geplantes Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des **Zivildienst**gesetzes wird vom Bundesverfassungsgericht verworfen mit der Begründung, der Ersatzdienst sei im Grundgesetz nicht als Alternative zur Wehrpflicht sondern nur für jene gedacht, die den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigern. Wegen des unzureichenden Ausbaus des Zivildienstes können nicht alle Verweigerer herangezogen werden.
- **Breschnew** nach 5 Jahren noch einmal in Bonn. Seit der letzten Begegnung mit Brandt ist die Beziehung unter Helmut Schmidt abgekühlt, doch es entsteht eine gemeinsame Deklaration zum weiteren Ausbau der Ost-West-Entspannung und ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Laufzeit von 25 Jahren.
- Die **Umweltschutzpartei** **“Grüne Aktion Zukunft”** wird von Herbert Gruhl gegründet, Verfasser des Buches **“Ein Planet wird geplündert”**.
- Ein neues Massenphänomen ist die **Drogenabhängigkeit**. Die Betroffenen werden zahlreicher und jünger. In Stern-Serie und veröffentlichtem Buch **“Christiane F.: Wir Kinder vom Bahnhof Zoo”** erzählt eine Berliner Minderjährige, wie sie heroinsüchtig wurde.

Die Zahl der Rauschgiftdelikte und Drogentoten steigt an, besonders in den Großstädten. Betreuer in Einrichtungen der Jugendfürsorge, Sozialarbeiter, -pädagogen und Lehrer suchen nach Lösungen, wie den jungen Menschen geholfen werden kann.

- Zum Jahreswechsel kommt es in den nördlichen Bundesländern zu einer **Schneekatastrophe**: 150 Orte sind von außen nicht zu erreichen, Panzer der Bundeswehr arbeiten sich zu ihnen durch. 80 Gemeinden sind tagelang ohne Strom, auf Bauernhöfen erfriert das Vieh. In Hochschulen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens sammeln sich Studenten, um aktiv zu helfen. Viele Kommilitonen leben inzwischen in **WG's auf dem Lande** in der Umgebung ihrer Hochschulorte und pflegen Dorfkontakte.

1979

- Im Januar senden die Dritten Programmen des Deutschen Fernsehens den Vierteiler **“Holocaust”**, in dem realistisch über Maßnahmen des NS-Staates zur Vernichtung überwiegend jüdischer Menschen berichtet wird. Es gibt Proteste, doch die Mehrheit der Zuschauer begrüßt dieses Aufklärungsformat.
Bei vielen ist das Entsetzen groß, sie haben nicht gewusst, in welchem Ausmaß diese Verbrechen stattgefunden haben. Manche Jüngere haben nie zuvor davon gehört. Die Aufklärung in der Nachkriegszeit war sehr unzureichend, zeigt sich.
- **Zweite Ölpreiskrise**. Ausgelöst durch Förderungsaußfälle und Verunsicherung nach der Islamischen Revolution gegen den Schah mit Regierungswechsel im Iran, und dem später folgenden Angriff durch das Nachbarland Irak (Erster Golfkrieg). Eine weitere Rezession bahnt sich an in den westlichen Ländern, die sich auf Banken und stark **steigende Zinsen** auswirken. Folgen sind staatliche **Sparsaßnahmen**, auch in den Bereichen **Bildung, Kultur und Soziales**. Soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit schränken ihre Angebote wegen Mittelkürzungen ein, einigen geben auf .
- Anteilnahme an Geschicken der Länder in der “3. Welt” wird in praktischen Projekten umgesetzt, **Dritte-Welt-Läden** z.B. versuchen, Produkte dieser Länder zu fairen Bedingungen zu importieren und zu vertreiben.
 - Revolution in **Nicaragua**: Machtmissbrauch des Diktators Anastasio **Somoza** Debayle führte seit 1977 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, die das ganze Land erfassen. Am 17. Juli 1979 flieht Somoza nach Florida, am 19. Juli ziehen die Guerilleros in Managua ein: die Nicaraguanische Revolution hatte gesiegt, die Sandinisten unter Daniel Ortega übernehmen die Macht und führen umgehend eine große Alphabetisierungskampagne durch, ernennen den weltbekannten Dichter und Priester Ernesto Cardenal zum Kulturminister.
Hunderte linke, junge Erwachsene, darunter viele Studenten auch aus Europa und der Bundesrepublik, reisen nach Nicaragua, um freiwillig bei Aufbau und Ernte helfen.
- **Herbert Marcuse** stirbt mit 81 Jahren in Starnberg, eine Gallionsfigur während der Studenten-bewegung. Vielen waren seine Bücher und Theorien in den 50er, 60er bis in die frühen 70er Jahre geradezu Wegweiser oder sind es noch.
- **Rudi Dutschke** erliegt am 24. Dezember an seinem Wohnort in Aarhus, Dänemark, den Folgen des Anschlags von 1968. Die Schüsse hatten schwere Hirnverletzungen zur Folge mit späteren epileptischen Anfällen, wie er sich bei Abwesenheit der Familie ereignet. Er ertrinkt hilflos in der Badewanne. Zuvor hat er die Gründung der neuen grünen Partei begleitet und enge Kontakte zur Grünen Liste in Bremen.

- In Bremen gelingt der grünen **Umweltschutzpartei** der Einzug in ein **Landesparlament**. Ein Novum, Grüne oder Alternative Listen sind bisher überall an der 5%-Hürde gescheitert. Aktive und ehemalige Studenten der Universität Bremen und ihre Subkultur haben hohen Anteil daran.
- 15.000 Lehrer und Lehrerinnen der GEW führen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen einen **Zweistundenstreik** durch mit der Forderung nach Senkung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl. Ihnen wird Verletzung der Beamtenpflicht vorgeworfen, für sie gilt das Streikverbot.
- Die Nato glaubt, einen sowjetischen Rüstungsvorsprung erkannt zu haben und will aufholen. Der in Brüssel verabschiedete **NATO-Doppelbeschluss** ist ein Nachrüstungsprogramm im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme. Es geht um 108 Pershing-2-Raketen und 465 Cruise Missile-Marschflugkörper US-amerikanischer Produktion, die stationiert werden sollen, wenn die Regierung in Moskau Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenwaffen ausschlägt.

1980

- Auf einem Bundeskongress der **Grünen** in Karlsruhe am 13. Januar wird von 1000 Abgeordneten nach zweitägiger Debatte eine **Bundespartei** aus der Taufe gehoben. Programm ist das Umweltschutzthema, doch die Mitglieder bestehen aus sehr heterogenen Gruppierungen, dabei sind Grüne, Bunte, Alternative mit konservativem, sozialistischem, kommunistischem Hintergrund, einige kommen aus der Anarcho-Szene. Bereits bekanntere Personen sind Herbert Gruhl, Rudolf Bahro, der Öko-Bauer Baldur Springmann und der Künstler und Professor **Joseph Beuys**, der zusammen mit **Heinrich Böll** und anderen die „Freie Internationale Universität“ gegründet hatte.
Die Partei wird getragen von einer Vielzahl an pazifistischen und Anti-Atom-Gruppen. **Petra Kelly** als zu Beginn wenig bekanntes Gründungsmitglied wird später aufgrund ihres großen Engagements - auch in der Europäischen Kommission in Brüssel - als Jeanne d'Arc der Anti-Atombewegung bezeichnet.
- Die niedersächsische Landesregierung unter Ministerpräsident Albrecht lässt den Salzstock **Gorleben im Wendland** bei Lüchow-Dannenberg untersuchen, ob er als Standort für das „Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ)“, Endlager für Atom Müll, in Frage kommt. Schon im Vorfeld entstehen Proteste, im März 1977 eine Großkundgebung mit 20.000 Menschen, ein Sommercamp und ein Gorleben-Treck zur Landeshauptstadt Hannover. Laut Albrecht fällt die Entscheidung für den Standort 1980 aus strukturpolitischen Gründen zur wirtschaftlichen Entwicklung des damaligen Zonenrandgebietes - sicherheitsorientierte geowissenschaftliche Argumente sind untergeordnet.
Die **Bewohnerinitiative Lüchow-Dannenberg** erhält Unterstützung von Atomkraftgegnern aus naher oder fernerer Umgebung, etwa 5000 reisen im Mai an, darunter viele Studenten der nahegelegenen Pädagogischen Hochschule Lüneburg und aus Hamburg. Ausgerufen wird die **„Republik Freies Wendland“** und aus mitgebrachten und von Anwohnern gespendeten Materialien ein **Dorf mit 120 Hütten** errichtet. Ein Freundschaftshaus mit einem Durchmesser von 37 Metern soll bis zu 400 Personen Platz bieten, Architekturstudenten aus Hamburg berechneten die Statik. Es gibt Sanitäranlagen, eine Gemeinschaftsküche und enge Kooperation mit den Einwohnern in der Umgebung.
Das Dorf wird später zur Legende wegen seines besonderen Gemeinschaftsgefüges, noch am 2. Juni beantragen Bürger eine Unterschutzstellung des Hüttendorfes als **„lebendes**

Kulturdenkmal", aber es darf nur 33 Tage stehen, bis die Regierung am 3. Juni durch Polizei und Bundesgrenzschutz den Platz räumen lässt.

Landesweit kommt es daraufhin in vielen Orten zu Solidaritäts- und Protestaktionen mit Demonstrationen, Verkehrsblockaden, Flugblattverteilungen, Besetzungen von Rathäusern, Kirchen und Plätzen. Eine beeindruckende Demonstration des Bürgerwillens und Zusammenhalts. Das grüne Wappen der "Republik Freies Wendland" wird neues **Symbol der Anti-Atom-Bewegung**.

Der Platz wird festungsmäßig ausgebaut, die Tiefbohrungen durchgeführt. Weitere Proteste folgen, so eine Großkundgebung mit 10.000 Menschen im Jahr 1982. Viel später, 1990, wird es gemeinsame Aktionen mit Umweltschützern aus der DDR geben, ab 1989 jeden Sonntag das Gorleber Gebet stattfinden.

- Der Psychoanalytiker **Erich Fromm** stirbt mit 79 Jahren an seinem Wohnsitz Locarno. Seine Werke „Furcht vor der Freiheit“ und „Die Kunst zu Lieben“ gehörten zur Lektüre angehender Psychologen und Pädagogen. Zuletzt erschien 1976 sein Buch „Haben oder sein“.
- In Paris nehmende Tausende Abschied vom Philosophen und Schriftsteller **Jean-Paul Sartre**, dessen offene Beziehung mit der intellektuellen Schriftstellerin **Simone de Beauvoir** manchen Studentinnen und Studenten ein Vorbild schien. Beide haben sich in nahezu alle Themen der Studentenangelegenheiten eingebracht, auch das Thema RAF begleitet und mit ihrer Literatur neue philosophische und gesellschaftspolitische Sichtweisen aufgezeigt. Als Vertreter des Existenzialismus und der marxistischen Philosophie waren und sind Sartres klare Haltung zu gesellschaftlichen und politischen Ereignissen gefragt und hoch geschätzt.
- **Moskau** richtet die Sommer-**Olympiade 1980** aus, das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik beschließt, bundesdeutsche Sportler nicht daran teilnehmen zu lassen, nachdem im Dezember die USA ebenfalls den Boykott verkündet hatten. Angegebener Grund ist der Einmarsch der UDSSR in Afghanistan am 26. Dezember. Insgesamt 50 Länder bleiben fern. Viel später wird bekannt, dass die USA bzw. ihre CIA den Einmarsch durch Aufbau der Mudschahedin und gezielte Provokationen forciert haben mit der zynischen Begründung, die Sowjets sollten "auch mal ihr Vietnam erleben".
 - In den USA wird **Ronald Reagan** neuer Präsident als Nachfolger Jimmy Carters.
 - Seit 1963 in jüngeren Generationen geschätzt und für viele ein Idol: **John Lennon** wird in New York erschossen. Eines seiner Lieder, "Imagine", wird zu seinem Denkmal.
- Aus **Protesten gegen den NATO-Doppelbeschluss** und die atomare Hochrüstung geht eine neue und vielschichtige Friedensbewegung in Westeuropa und Nordamerika hervor. In fünf NATO-Staaten ist die Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern als Antwort auf die Stationierung neuer sowjetischer Raketen vorgesehen. Die Friedensbewegung kritisiert insbesondere, dass die amerikanischen Waffen in der Lage waren, fast ohne Vorwarnzeit Moskau zu treffen und das Risiko eines atomaren Schlagabtauschs heraufzubeschwören.
- Über vier Millionen Menschen unterzeichnen ab 1980 den **Krefelder Appell** gegen die Stationierung der amerikanischen Atomwaffen in Europa. Im Juni demonstrieren auf dem Evangelischen Kirchentag in **Hamburg 120.000**, im Oktober im **Bonner Hofgarten mehr als 300.000** Menschen (einer der Sprecher ist Heinrich Böll), 200.000 in Brüssel, im November 400.000 Menschen in Amsterdam. Im Juni 1982 werden es zum Staatsbesuch Ronald Reagans **500.000 auf den Bonner Rheinwiesen** sein.

- Vielfältige gewaltfreie Aktionen wie Sitzblockaden auf den Standorten (**Mutlangen**), **Menschenketten** zwischen Städten, "Fasten für den Frieden" finden statt. Unbeeindruckt wird der Stationierung von Seiten der Regierung 1983 zugestimmt, was für viele Menschen das Prinzip der **Demokratie in Frage stellt**.
Die junge Partei "**Die Grünen**" formiert sich zu einer **Friedenspartei** (*ja, damals war es so...*). An den Kundgebungen beteiligen sich **Liedermacher** wie Die Bots, Franz Josef Degenhardt, Maria Farantouri, Hanns Dieter Hüsch, Hannes Wader, Bettina Wegner und andere. Sprecher sind Gert Bastian, Joseph Beuys, Heinrich Böll, Willy Brandt, Helmut Gollwitzer, Günter Grass, Petra Kelly, Oskar Lafontaine, Martin Niemöller, Horst-Eberhard Richter und Dorothee Sölle.

1981

- Die Zahl immatrikulierter Studenten ist im WS 1980/81 auf **1.036.303** angewachsen.
- Januar: **Berliner Senat** mit Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD) **tritt zurück**. Hintergrund ist wochenlange öffentliche Kritik wegen einer 1978 durch den Bürgerschaftsausschuss erfolgten Bewilligung eines Kredits von 115 Millionen, den die Berliner Bank der inzwischen konkursreifen Firma Bautechnik KG gezahlt hat. Das Geld scheint verloren zu sein, die SPD wird verantwortlich gemacht. Neuer Bürgermeister wird bis zu den im Mai anstehenden Wahlen der bisherige Bundesjustizminister **Hans-Jochen Vogel**, ebenfalls SPD.
Im Mai erhält Berlin nach über 30 Jahren eine CDU-Regierung mit dem Regierenden Bürgermeister **Richard von Weizsäcker**, Vogel bleibt in Berlin als Oppositionsführer.
- Auf der bisher größten Demonstration gegen AKWs geht es wieder um **Brokdorf: um 80.000** Menschen sammeln sich Ende Februar in der Wilster Marsch und stehen 10.000 Polizisten gegenüber. Insgesamt bleibt es ein friedliches Ereignis, es entstehen jedoch heftige Auseinandersetzungen zwischen Polizei und einigen Hundert meist verummten Teilnehmern mit am Ende etwa 200 Verletzten.
Auf die Fertigstellung des Kraftwerks wird dies keinen Einfluss haben.
- In Hamburg tritt im Mai Bürgermeister Hans **Ulrich Klose** zurück, weil er sich im Landesvorstand nicht durchsetzen kann mit dem Plan, Hamburgs Elektrizitätswerke zur Aufgabe ihrer Beteiligung am AKW Brokdorf zu zwingen. Sein Nachfolger wird der bisherige Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Klaus von Dohnanyi**, der sechs Jahre später nach monatelangen Auseinandersetzungen zwischen Besetzern und Polizei sein politisches Amt in die Waagschale werfen wird für einen Kompromiss mit den Bewohnern der besetzten, für den Abbruch vorgesehenen Häuser in der **Hamburger Hafenstraße**, und eine friedliche Lösung erreicht. Der Kampf um den Erhalt der Häuser ist ein Vorzeigeprojekt für die **Hausbesetzerszene** in deutschen Großstädten.
- Im Bayern soll die **Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf** (kurz WAA oder WAW) in Wackersdorf in der Oberpfalz als zentrale Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für abgebrannte **Brennstäbe** aus deutschen Kernreaktoren errichtet werden. Im Oktober gründet sich eine Bürgerinitiative und viele, massive Protestaktionen werden schließlich mit dazu beitragen, dass der Bau zwar 1985 begonnen, aber 1989 eingestellt wird. Er gilt als eines der umstrittensten Bauprojekte in der Geschichte der Bundesrepublik.
 - Bürgerbewegungen finden weiterhin auch in Nachbarländern statt, auch in Osteuropa. In Polen tritt die **Gewerkschaft "Solidarität"** für Reformen ein und hat viele Sympathisanten. Das geht der Regierung unter General Jaruzelski zu weit, sie verhängt am 13. Dezember das **Kriegsrecht** und ein "**Militärrat der nationalen Errettung**" übernimmt die Regie. Solidarnóś wird aufgelöst und führende Gewerkschaftler inhaftiert, der Vorsitzende

Lech Wałęsa unter Hausarrest gestellt.

Die **USA** machen die UdSSR verantwortlich und verhängen **Sanktionen**, stoppen Export von Technologie, vor allem Computer, lassen sowjetische Schiffe nicht mehr in ihre Häfen. Die Bundesrepublik schließt sich den Sanktionen nicht an, was zu Verstimmungen führt.

1982

- Besuch des US-Präsidenten **Reagan in Bonn** zum Dialog über Polen, die Bundesregierung betrachtet die Konflikte in Polen als interne Angelegenheit und unterstützt gegenüber Moskau und Warschau einen gemäßigten Kurs, der durch Gespräche stattfinden soll.
- In Frankfurt protestieren **10.000** Menschen gegen den Bau der **Startbahn West** am Flughafen. Es gibt schwere Zusammenstöße mit der Polizei. Auslöser ist die Entscheidung des hessischen Strafgerichtshofs, ein geplantes **Volksbegehren** abzulehnen.
- Das Land trägt schwer an der **Rezession**. Bundeskanzler Helmut Schmidt stellt im Februar die **Vertrauensfrage**, SPD und FDP stimmen für ihn, die Unionsparteien mehrheitlich gegen ihn. Hintergrund sind von der sozialliberalen Koalition erarbeitete Pläne für eine "Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität". Unter dem Eindruck der zurückliegenden **Sonthofer Rede** von Franz-Josef Strauß, CSU, ist fraglich, ob solche Pläne eine Chance zur Verwirklichung haben. Strauß' Redetext sagte sinngemäß aus, die Regierung solle mal mit ihrer Wirtschaftspolitik scheitern, CDU und CSU wären dem Volk dann als Retter willkommen.
- In Kirchen der DDR werden in den Gottesdiensten Unterschriften gesammelt für den "**Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen**" der den Vorschlag enthält, **ganz Europa zu einer atomwaffenfreien Zone** zu machen. Von der Regierung wird die Einführung sozialer Friedensdienste gefordert, an den Schulen soll der Wehrkunde-Unterricht abgeschafft werden. Als erste Maßnahmen wird Aufnahme von Verhandlungen zwischen Ost- und Westdeutschland angeregt mit dem Ziel, alle Atomwaffen aus beiden deutschen Staaten zu entfernen. Es sollen alle Besatzungstruppen abziehen und ein Friedensvertrag gemäß dem Potsdamer Abkommen von 1945 zustandekommen.
Das Motto der DDR-Friedensbewegung heißt "**Schwerter zu Pflugscharen**".
- Im Juni reist **Präsident Reagan** durch Europa und nimmt in Bonn am **NATO-Gipfeltreffen** teil. In Bonn und Berlin bekräftigt er die amerikanischen Bündnisverpflichtungen und den Willen der USA zur Abrüstung. Die Chefs der 16 NATO-Staaten einigen sich auf eine "**Bonner Erklärung**": Wichtigste Ziele bleiben die Verhinderung eines Krieges, eine konstruktive Entspannungspolitik und Stärkung der westlichen Verteidigungsfähigkeit. Schmidt plädiert für weitere Schritte mit Blick auf die Menschen in beiden deutschen Staaten, Reagan hingegen für zurückhaltendere Entspannungspolitik, weil die Sowjetunion bisher mehr profitiert habe...
- Im September bricht die Koalition auseinander wegen Haushaltsfragen und Existenzsorgen der FDP aufgrund schlechter Landtagswahlergebnissen. Außenminister und FDP-Vorsitzender Genscher hatte bereits mit der Opposition über Änderungen kommuniziert.
Es kommt zu Neuwahlen. Die nächste Koalition wird aus CDU/CSU und FDP gebildet, der neue Bundeskanzler heißt **Helmut Kohl**.

QUELLEN

A) Literatur

Die Studenten von Berlin, Dieter Meichsner, Schöffling&Co. 2003
Die Revolte der Studenten, Kai Hermann, Christian Wegner 1967
1968 - Das Jahr, das die Welt veränderte, Mark Kurlansky, Heyne 2003
Die 68er: "Macht kaputt, was euch kaputt macht", Rolf Uessler, Heyne 1998
Testfall Vietnam, Maxwell D. Taylor, Huber 1967
Die Notstandsgesetze, Friedrich Schäfer, Westdeutscher Verlag 1966
Die deutschen Studenten - Der Kampf um Hochschulreform, Jacobsen/Dollinger, dtv 1969
Extremisten in einer selbstbewussten Demokratie, Hans Josef Horchem, Herder 1975
Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Bergmann/Dutschke/Lefèvre/Rabehl, Rowohlt 1968
Kursbuch 13 - Die Studenten und die Macht, Suhrkamp 1968
Ulrike Marie Meinhof, Peter Brückner, Wagenbach 1976 ----- Ulrike Meinhof, Mario Krebs, Rowohlt 1988
Wie alles anfang, Michael "Bommi" Baumann, Trikont 1975
We shall overcome - die amerikanische Friedensbewegung, Ahlemeyer/Greiner, Pahl-Rugenstein 1983
Die Gegengesellschaft, Walter Hollstein, Rowohlt 1981
Neue Formen des Zusammenlebens, Dieter Korczak, fischer alternativ 1979
Oasen der Freiheit, Horst von Gizycki, Hubert Habicht, fischer alternativ 1979
Ökopax und Anarchie, Ulrich Linse, dtv 1986
Frieden schaffen ohne Waffen, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Lamur 1981
Chronik des 20. Jahrhunderts, 1900 – 1991, Bodo Harenberg Hrsg., 12. Auflage, Chronik-Verlag 1992

B) Links

<https://wikipedia.de>

Zahlreiche der genannten Themen werden dort ausführlich behandelt

<https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-2.5.23.html>

Studentenzahlen

<https://www.spiegel.de/geschichte/68er-aufstand-a-946852.html>

68er Aufstand

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/530431/protest-von-links-die-studentenbewegung-in-der-bunderepublik-deutschland-1967-1976>

Protest von links. Die Studentenbewegung in der Bunderepublik Deutschland 1967-1976

<https://www.heise.de/tp/features/50-Jahre-Radikalenerlass-Querfront-gegen-Linke-in-der-BRD-6331618.html>

50 Jahre Radikalenerlass

<https://web.archive.org/web/2024120510243/https://www.mao-projekt.de>

Datenbankprojekt

<https://bilder-der-revolte.de/chronik> <https://afas-archiv.de/bestande>

Datenbanken

<https://www.spiegel.de/geschichte/die-gruenen-sind-40-wie-die-partei-1979-gegruendet-wurde-a-1257396.html>

Die Grünen

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Atomkraft-nein-danke-Der-Sieg-des-langen-Atems,atomkraft344.html>

Brokdorf 1976

<https://www.youtube.com/watch?v=0e6q6tLRzGM>

Wolf Biermann: Ermutigung

<https://www.youtube.com/watch?v=-rLuqvlr3Jg>

Walter Mossmann

<https://www.youtube.com/watch?v=rAn-AWXtHv0&list=PLr99rnVSBqGAVbJuudUbRFGI-S1PuYs-5&index=6>

John Lennon: Imagine